

Kobatsch

Die volks- und staatswirtschaftliche.

BILANZ DER RUSTUNGEN



Die volks- und staatswirtschaftliche

Bilanz der Rüstungen.

Nach einem Vortrage

gehalten im Niederösterreichischen Gewerbevereine am 10. Februar 1911

von

Prof. Dr. Rudolf Kobatsch.

Mit 29 Tabellen.

Verlagsbuchhandlung Karl Konegen (Ernst Stülpnagel).

Wien 1911.

Die volks- und staatswirtschaftliche

Bilanz der Rüstungen.

Nach einem Vortrage

gehalten im Niederösterreichischen Gewerbevereine am 10. Februar 1911

von

Prof. Dr. Rudolf Kobatsch.

Mit 29 Tabellen.

Verlagsbuchhandlung Karl Konegen (Ernst Stülpnagel).

Wien 1911.

Druck von Otto Maass' Söhne, Wien I.

1. Die österreichisch-ungarischen Rüstungskredite für 1911.

Die Mehrauslagen für Heer und Flotte, welche gegenwärtig die Delegationen beschäftigen, haben die allgemeine Aufmerksamkeit auf die mit den militärischen Forderungen und den Rüstungen überhaupt in Zusammenhang stehenden politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Fragen gelenkt — hierzulande vielleicht hauptsächlich deshalb, weil die großen Kosten für den Bau von vier Dreadnoughts und den dazugehörigen kleineren Schiffen im Betrage von 312 Millionen Kronen, allerdings verteilt auf sechs Jahre, besonders aufgefallen sind.

Welch außerordentliche Bedeutung den Rüstungsauslagen derzeit zukommt, geht aus der Tabelle 1 hervor. Die Staatsausgaben für Rüstungen betragen jährlich beinahe 10 Milliarden Mark, der Schuldendienst rund 7 Milliarden Mark, insgesamt also werden 17 Milliarden Mark für Rüstungen ausgegeben. Zur Berechnung der Kosten dieses »bewaffneten Friedens« ist es aber auch notwendig, den Entgang der Aktivdienenden (in Europa 5 Millionen Menschen à 1000 Mark) mit zu berücksichtigen, was aus der Tabelle 2 zu ersehen ist.

Begründet wurden die neuen Forderungen, ebenso wie ihre Vorgänger, mit dem Hinweise darauf, daß auch die übrigen Staaten immer höhere Beträge für die Rüstungen, vor allem für die Ausgestaltung der Flotte ausgegeben hätten, daß eine entsprechend starke, Achtung gebietende Wehrmacht die beste Bürgschaft des so wertvollen Friedens sei, ferner daß die Verstärkung der maritimen Wehrmacht zum Schutze unseres Außenhandels, unserer Handelsflotte und unserer Angehörigen in anderen Ländern diene.

Da somit in der Begründung wichtige volkswirtschaftliche Interessen aufgerufen werden und, soweit es sich um staatswirtschaftliche, d. h. finanzielle Fragen handelt, die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft in Betracht kommt, ist es wohl am Platze, im Gewerbevereine über die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen des Rüstungs-

problems zu sprechen; müssen ja die in Industrie, Handel und Gewerbe, sei es selbständig, sei es unselbständig erwerbstätigen Personen bekanntlich den allergrößten Teil der Staatseinnahmen bestreiten und sollen sich daher auch ein Urteil darüber bilden, ob und inwieweit die Rüstungen an und für sich gerechtfertigt sind und ob ihnen tatsächlich der offiziell behauptete Versicherungswert gegen Friedensbruch und gegen Schädigung der wirtschaftlichen Interessen im Auslande zukommt.

Allerdings konnte man auch von einer politischen Begründung der neuen Forderungen hören, jedoch nicht in offiziellen Exposés der Minister, sondern in Aufsätzen, Interviews u. dgl. Diejenigen Persönlichkeiten nämlich, welche schon seit längerer Zeit an eine Verschärfung unserer Beziehungen zu Italien glauben, wollten auch diese Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen lassen, um die Notwendigkeit der Flottenverstärkung durch einen in baldiger Aussicht stehenden Konflikt mit unserem südwestlichen Nachbarstaate zu begründen. Sowohl der Minister des Auswärtigen als auch der Marinekommandant haben diese höchst fragwürdigen Politiker sehr energisch abgeschüttelt. Ferner wird in Italien selbst ausdrücklich, und zwar gerade von den maßgebenden Führern der nationalistischen Bewegung betont, daß die gegenseitigen Beziehungen durchaus friedlicher Natur seien, bezw. bleiben könnten, wenn gewisse Fragen, die in keiner Weise den territorialen Besitz, sondern nur die Politik betreffen, bereinigt würden; man denkt hierbei vor allem an die endliche Regelung der Frage über die italienische Rechtsfakultät in Österreich und vielleicht auch an die offene, lückenlose Aufnahme des völkerrechtlichen Verkehres beider Staaten . . . .

Immerhin könnte man im Auslande annehmen, daß die etwas unvermittelt eingebrachten und bedeutenden Mehrforderungen denn doch auf politische Einflüsse zurückzuführen seien, welche von einer Art Kriegspartei (erfolgsuchende Militärs) überhaupt oder von einer, Italien nicht besonders freundlich gesinnten Partei ausgehen. Die erwähnten chauvinistischen Äußerungen sind fast ausschließlich in der »Reichspost« (z. B. vom 26. Mai 1910, vom 24. Jänner 1911) und im »Vaterland« (z. B. der Aufsatz »Die Reichswehr« vom 28. Jänner 1911) erschienen; es wäre daher nicht ausgeschlossen, daß die Meinung entstünde, als ob diejenigen hiesigen Politiker, welche sich so häufig mit der völkerrechtlichen Stellung des Papstes befassen (in einer den Empfindungen der italienischen Nation uns gegenüber begreiflicherweise nicht sehr zuträglichen Weise) auch zu jenen, allerdings wenig zahl-

reichen Persönlichkeiten gehören, die aus diesem oder einem verwandten Grunde unsere Beziehungen zu Italien nicht allzu freundlich auffassen wollen.

Andere Politiker wieder führen unsere vermehrte Rüstung darauf zurück, daß unser Bundesverhältnis zu Deutschland eine verstärkte »Seegeltung« Österreich-Ungarns bedinge, daß die Marineverstärkung eine zur Zeit der Annexionskrise für die Hilfeleistung Deutschlands entstandenen Rekompensationsschuld sei, und daß unter Umständen Österreich-Ungarn und Italien zu gemeinsamen Handlungen berufen sein dürften. Daß in dieser Auffassung wieder eine Spitze gegen eine andere fremde Macht (England) gelegen sein kann, ist wohl außer Zweifel. Hier soll nur auf den merkwürdigen Widerspruch hingewiesen werden, welchen wir darin erblicken, daß unsere Rüstungen einerseits als Schutz gegen Angriffe Italiens, anderseits und gleichzeitig zu einer gemeinsamen Aktion mit dieser uns eventuell gefährlich werdenden Macht bestimmt sind!

Es handelt sich hier um Konjekturalpolitik ärgster Sorte, um geradezu herostratische Äußerungen unverantwortlicher Persönlichkeiten, die ohne Kenntnis der realen Tatsachen in Wort oder Schrift ihre traurige Phantasie zur Geltung bringen wollen.

Wenn demgegenüber die gesamte Volkswirtschaft, d. h. die erwerbstätigen Stände aller Kategorien in Österreich und in Italien einmal feierlichst erklären würden, daß sie durchaus friedlich nebeneinander leben können und wollen, daß sie die durch das Wettrüsten, wie später nachzuweisen sein wird, verursachten Überbelastungen nicht mehr gewillt sind, zu ertragen und daß das beste Mittel zur Beseitigung jeder Furcht vor Angriffen die obligatorische Vereinbarung des internationalen Schiedsgerichtes wäre, dann würden alle gewissenlosen, rein hetzerischen und im tiefsten Grunde unpatriotischen Äußerungen gar bald verstummen müssen. Gerade der Niederösterreichische Gewerbeverein, welcher ja im Mai d. J. eine Studienreise zu den Ausstellungen in Turin und Rom unternimmt, wäre berufen, sich mit wirtschaftlichen Körperschaften Italiens ins Einvernehmen zu setzen, um eine gleichzeitige Freundschaftskundgebung beider Volkswirtschaften anzuregen. (Lebhafter Beifall.)

Die neuen militärischen Vorlagen haben begreiflicherweise bei den maßgebenden Politikern, d. h. bei den Abgeordneten oder Delegierten, eine sehr geteilte Aufnahme gefunden. Nur wenige brachten es über sich, den Forderungen sofort und unbedingt zuzustimmen. Die meisten erklärten eine sehr eingehende, peinliche Prüfung für not-

wendig und sehr viele, auch Vertreter der großen Parteien (Polenklub, christlichsoziale Partei, Sozialdemokraten, Tschechenklub, Deutschnationaler Verband etc.), machten darauf aufmerksam, wie viele wirtschaftliche und soziale Volksnotwendigkeiten, für welche schon Gesetzentwürfe vorliegen oder in Beratung stehen, noch unerledigt sind und unbefriedigt bleiben müßten, wenn die bedeutenden militärischen Forderungen bewilligt würden. Ebenso gab es angesehene Vertreter aus faßt jeder großen Partei, welche den Wunsch nach einem Übereinkommen, betreffend die Beschränkung der Rüstungen und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit ganz ausdrücklich geltend machten.

Was zunächst die staatswirtschaftliche oder die finanzielle Seite der Frage betrifft, so zeigt die Tabelle 3 zwei sehr merkwürdige Tatsachen, welche das geradezu absolutistische Budgetrecht der Kriegsverwaltung dartun: a) einerseits die jährliche Reservierung von sogenannten »unverwendeten Kreditresten« oft in sehr bedeutender Höhe; b) anderseits die Forderung von nicht weniger als 29 Millionen Kronen für die »Sanierung« des militärischen Budgets, d. h. dafür, daß einzelne Kredite, namentlich was die Verpflegung, Bekleidung und Bequartierung der Truppen betrifft, von Jahr zu Jahr überschritten werden mußten, hauptsächlich infolge der steigenden Preise der Bedarfsgegenstände; solchen Überschreitungen soll in Zukunft durch schon vorherige Einstellung höherer Beträge vorgebeugt werden. Vom Standpunkte einer geordneten Finanzwirtschaft ist es aber unzulässig, daß Jahre hindurch auf der einen Seite bedeutende Beträge reserviert, auf der anderen Seite das Budget um ebenfalls nicht unbedeutende Beträge überschritten wird. Es wäre Pflicht der Delegationen, im Interesse der Steuerträger zu fordern, daß die Budgetierung der militärischen Auslagen mit peinlichster Sorgfalt geschehe und daß von einem Artikel, welcher in den Delegationsbeschlüssen jährlich wiederkehrt, auch Gebrauch gemacht werde, indem Unterschreitungen auch tatsächlich zur Abschreibung gelangen.

Auch könnte aus den reservierten Beträgen mit Zustimmung der Delegationen die Bedeckung jener Titel gefunden werden, welche wider Erwarten eine Überschreitung zeigen, so daß keine neuerliche Inanspruchnahme von Krediten, d. h. von Steuergeldern erforderlich wäre.*)

*) Auch die Militärbudgets anderer Staaten zeigen solche »Über- oder Nebenbudgets«. Es betrugen z. B. in Deutschland die Auslagen für die Marine:

	nach dem Flottengesetze	nach dem Jahresetat
im Jahre 1909	245 Mill. Mark	402·6 Mill. Mark
„ „ 1910	252 „ „	433·9 „ „

Auch ein anderes wichtiges staatsfinanzielles Bedenken muß besprochen werden.

Die Delegationen sollen, wie aus der erwähnten Tabelle 3 hervorgeht, den runden Betrag von 100 Millionen Kronen für die Mehrforderungen bewilligen. Da ein großer Teil dieses Betrages im Wege einer Kreditoperation aufgebracht werden soll, reduziert sich die momentane jährliche Belastung allerdings sehr wesentlich, für Österreich etwa auf 13 Millionen Kronen.

Wenn es sich aber infolge der politischen Konstellation ereignet, daß der österreichische Reichsrat diese Mehrforderungen oder auch nur die betreffenden Kreditoperationen nicht oder nicht rechtzeitig genehmigt? Werden dann die inzwischen in Angriff genommenen militärischen Arbeiten eingestellt? Und wenn nicht, wo bleibt das Budgetbewilligungsrecht der österreichischen Volksvertretung?

Nach den letzten Berichten aus der österreichischen Delegation (vom 12. Februar d. J.) soll denn auch eine strengere Budgetierung, sowie unüberschreitbare Rüstungskredite für fünf Jahre vereinbart werden — was geschieht aber, selbst wenn diese Vorsichtsmaßregel in ein Gesetz gekleidet wird, in dem Falle der Kontravention? Wer bürgt dafür, daß in zwei oder drei Jahren nicht wieder »unvorhergesehene«, »unerläßlich notwendige« Mehrauslagen gemacht werden??

Der österreichische Finanzminister hat bereits in den Delegationen mitgeteilt, wie er sich die Bedeckung vorstellt (vgl. Tabelle 4). Er will für die erwähnten 13 Millionen Kronen verwenden: den größeren Gewinn des Staates von der Österreichisch-ungarischen Bank (800.000 K); den reinen Münzgewinn der letzten Jahre (7·3 Millionen Kronen) und die präliminierten Beträge für Stempel und Gebühren um 4·7 Millionen Kronen erhöhen, was eine Änderung des beschlossenen Budgets bedeutet. Dies zeigt, daß die Finanzverwaltung dann doch noch über einige Reserven verfügt, welche allerdings irgend einem anderen Zwecke zuliebe wohl kaum aufgemacht würden.

Die Delegierten als Volksvertreter fühlten sich aber mit Rücksicht auf ihre Wähler verpflichtet, auch von den sogenannten »Volksnotwendigkeiten« zu sprechen, worunter sie den Bau der Lokalbahnen, der Wasserstraßen, die Sozialversicherung u. a. m. meinen. Der Finanzminister sprach sich über diesen Zusammenhang nur sehr vorsichtig aus. Etwas verbindlicher (in doppeltem Sinne des Wortes) wenngleich auch nur allgemein, sprach der Herr

Ministerpräsident (so insbesondere wieder in der österreichischen Delegation am 13. Februar d. J.).

Gegenwärtig verlautet, daß ebenfalls durch Kreditoperationen ein bestimmter Betrag für die sogenannten Volksnotwendigkeiten in Aussicht gestellt werden soll, um die schwierige Votierung der hohen militärischen Auslagen den Volksboten mundgerechter zu machen. Auch sollen die am unangenehmsten empfundenen Streichungen im Budget für 1911 wieder beseitigt werden. Es sei hierbei daran erinnert, daß diese Streichungen hauptsächlich betreffen: den Bau neuer Telephonverbindungen (—3 Millionen Kronen), den Gewerbeförderungskredit und den Kredit für gewerbliches Bildungswesen (— 1 Million Kronen), die Errichtung von Staatsgebäuden (— 3½ Millionen Kronen) u. a. m.

Es scheint somit, daß die staatsfinanzielle Seite der Rüstungsfrage mit einiger Mühe in Ordnung gebracht werden könnte — allerdings nur für das laufende Jahr! Wie es mit dem Gleichgewichte im Staatshaushalte 1912, 1913 bestellt sein wird, wenn die Einberufung der Staatsscheine erfolgen soll, wenn die ersten Auslagen für die Sozialversicherung gemacht werden müssen, wenn außerdem die Heeres- und Marineverwaltung, wie bereits angekündigt, mit neuen, noch größeren Forderungen hervortreten wird, das entzieht sich vorläufig jeder Beurteilung. Man lebt in der Politik am liebsten von heute auf morgen und vermeidet langsichtige Programme, wenn darunter auch die wichtigsten volkswirtschaftlichen oder sozialen Forderungen Schaden leiden sollten, ganz zu schweigen von der brennenden Frage der Sanierung der Landesfinanzen, der Rentabilität der Staatsbahnen, der Reform der verschwenderischen Staatsverwaltung (Beamten-Plethora u. a. m.).

Und — last not least — wo bleibt die Erfüllung der dringendsten »Volksnotwendigkeit«, der Herabsetzung der Hauszinssteuer zur Linderung der furchtbaren Wohnungsnot? Wo besteht die Möglichkeit, die hohe Steuer der industriellen Aktiengesellschaften herabzusetzen?

Aber diese Betrachtungen sind gewiß nur Vordergrundsargumente und treffen nicht den eigentlichen Kern der Frage. Wenn man auch zugeben wollte, daß die neuen Heeres- und Flottenforderungen aus irgend welchen Gründen der hohen Politik berechtigt sind (die volkswirtschaftliche Begründung der Vorlagen soll später kritisch besprochen werden), und wenn man auch für diesmal den Ariadnefaden aus dem staatsfinanziellen Labyrinthe finden dürfte, so wird dieses Problem

doch jahraus jahrein aufs neue die politischen Gemüter erregen und die Volkswirtschaft immer einschneidender treffen. Wir müssen uns daher die allgemeine Frage vorlegen: Wie wirken die Rüstungsauslagen in ihrer steigenden Tendenz auf die Volkswirtschaften und die Staatsfinanzen der betroffenen Länder überhaupt? Kommt diesen Rüstungen die so viel gerühmte Versicherungsfunktion einerseits gegen Krieg und gegen die Schäden des Krieges und anderseits im Interesse der auswärtigen wirtschaftlichen Interessen in der Tat zu? Und schließlich: weist uns die gesamte Entwicklung der öffentlichen Zustände, des Rechtes, der Kulturauffassung nicht andere Wege, zu einem vernünftigen Nebeneinander der Völker und Staaten zu gelangen?

2. International vergleichende finanzwirtschaftliche Betrachtungen.

Ein gewiß einwandfreier Beurteiler der staatsfinanziellen Fragen, Geheimer Ober-Finanzrat O. Schwarz, schreibt in einer wissenschaftlichen Zeitschrift (Schanz, Finanzarchiv, 26. Jahrgang, 1909) über das Budget der wichtigsten Großstaaten: »England zeigt 1908 zum erstenmal seit längerer Zeit ein wenn auch nicht erhebliches Defizit. Als wichtiges Symptom der Überspannung der Einnahmen gilt, daß die Einnahmenschätzungen der Budgets für 1909 vielfach nicht höher sind als die Erträgnisse für 1907, mehrfach sogar niedriger eingesetzt werden mußten — die Elastizität der wichtigsten Einnahmsquellen in den Staaten ist eine stets sinkende, die Ausgaben zeigen eine meist steigende Tendenz, vor allem auf dem Gebiete der Rüstungen, namentlich für die Kriegsflotte. In einigen der Großstaaten (England, Deutschland) konnte die Bilanzierung nur durch gewaltige Steuererhöhungen, und was den außerordentlichen Etat anlangt, durch Anlehen (Deutschland, Österreich-Ungarn), durch Ausgabe des finanzwirtschaftlich gewiß sehr bedenklichen Papiergeldes (Schatzscheine) erreicht werden. 1910 und 1911 werden sich diese Verhältnisse in den Großstaaten noch verschärfen; erhebliche Steuererhöhungen oder Anlehensschulden sind unausbleiblich.«

Jetzt wissen wir es: die Verhältnisse haben sich 1910 und 1911 verschärft . . .

Es wurden einige Tabellen entworfen, welche die Zunahme der wichtigsten öffentlichen Abgaben auf der einen Seite, die Zunahme der

Rüstungsauslagen auf der anderen Seite, wenigstens für einige Staaten, ausweisen.

Aus Tabelle 5 geht hervor, daß die Staatsausgaben Österreichs und auch Ungarns in den Jahren 1883 bis 1908 viel stärker zugenommen haben als der europäische Durchschnitt beträgt, und daß auf einen Einwohner derzeit in Österreich schon 91·4 Frcs., im europäischen Durchschnitte nur 86·6 Frcs. entfallen.

Was zunächst Deutschland betrifft, so wurde mehrmals, zuletzt von Prof. Ballod in den »Preußischen Jahrbüchern« (Dezember 1910) versucht, den Nachweis zu erbringen, daß die Vermögens- und Einkommensbildung, ferner die Lohnsteigerung in einem viel stärkeren Ausmaße vor sich gehe als die Teuerung und die Rüstungsauslagen. Ohne weitere Prüfung der österreichischen Verhältnisse wurden diese, übrigens durchaus unrichtigen Behauptungen Prof. Ballods von dem österreichischen General v. Woinovich (»Neue Freie Presse«, 28. Dezember 1910) auch als Beweis dafür verwendet, daß in Österreich die Rüstungen nicht in stärkerem Maße steigen als die Einkommen, insbesondere als die Löhne zunehmen; unsere Rüstung sei daher nicht zu schwer.

Die Tabelle 6 weist unwiderleglich nach, daß das Einkommen in Deutschland, vor allem die Löhne, lange nicht im gleichen Ausmaße steigen wie die Rüstungsauslagen und der Dienst für die Staatsschulden, die ja hauptsächlich auf Rüstungen zurückzuführen sind. Das Deutsche Reich sah sich nicht bloß 1909, als die Reichsfinanzreform zur Debatte stand, vor einer wirklichen Finanznot, sondern steht auch gegenwärtig wieder vor einer solchen. Hier hilft kein Bemänteln und auch kein Beschönigen. Der Beweis liegt darin, daß die Reichsfinanzreform des Jahres 1909 lange nicht den erwünschten Erfolg hatte, dagegen vielfach wirtschaftlichen Schaden anrichtete. Selbst wenn der gesamte berechnete Mehrertrag eingegangen wäre, hätte man nicht das Auslangen gefunden. Ende dieses Jahres wird auch noch der Reichsinvalidenfonds aufgezehrt sein (32 Millionen Mark), wofür vorläufig die Bedeckung fehlt. Außerdem ist eine abermalige Heeresverstärkung geplant. Irgend welche nennenswerte finanzielle Reserven gibt es nicht; der einzige Ausweg wird wie bei uns die Aufnahme neuer Anlehen sein.

Allerdings ist zuzugeben, daß die Reichsfinanzreform auf einzelne Industrien nicht so ungünstig wirkte wie im allgemeinen. Jeder solche Fall wird von den Zeitungen, welche der damaligen Reichstagsmehrheit (schwarz-blauer Block) nahestehen, mit möglichster Ausführlichkeit dar-

gestellt, so z. B. der günstige Geschäftsgang einer Zellulosefabrik trotz der durch die erhöhte Spiritussteuer verteuerten Spirituspreise, ferner die nicht ungünstige Bilanz mehrerer Berliner Brauereien. (»Köln. Volkszeitung« vom 23. Dezember 1910.)

Dagegen lesen wir im Jahresberichte der Berliner Handelskammer auf 1910, daß die Reform eine wesentliche Erschwerung des Geschäftes mit sich brachte. Das Tabakgewerbe habe nicht günstig abgeschnitten, die Abwälzung der Steuer auf das Publikum sei nur in geringem Maße möglich gewesen. Das gleiche gilt von der Spiritusbranche. Der Ertrag der Branntweinsteuer, dieser Grundpfeiler des Budgets, sei durch den sehr wirkungsvollen Schnapsboykott bedenklich erschüttert worden; der jährliche Konsumrückgang betrage ähnlich wie in Großbritannien bis zu 50 Prozent. (Wenn man daher bei uns für die nächsten Jahre an eine Erhöhung der Branntweinsteuer denken sollte, so wäre auch hier die Möglichkeit eines Boykotts und damit die Vereitelung der Hoffnung auf höheren Ertrag gegeben.) Die Brauereien konnten zwar die höhere Steuer abwälzen, aber nur bis zu den Gastgewerben, von welchen die mittleren und kleineren sehr geschädigt wurden, da sie ja alle steuererhöhten Produkte feilbieten. Besonders gelitten hat die Zündhölzchenindustrie, deren Produktion um ein Drittel sank und in welcher über 6000 Arbeiter brotlos wurden.

Auch die neuen deutschen Verkehrssteuern haben die Regierung sehr enttäuscht. Der Scheckstempel hat statt 10 Millionen kaum 5 Millionen Mark mehr eingebracht. Als volkswirtschaftlicher Schaden hat sich ein bedeutender Rückgang des Scheckverkehres eingestellt. Dies ist gleichbedeutend mit einer unnötigen Ansammlung von Bargeld, mit dessen Entziehung aus dem Verkehre und der produktiven Tätigkeit, mit der Verteuerung des Geldes und der Steigerung des Zinsfußes. Mehrere große deutsche Banken berichten über den Rückgang ihres Kontokorrentverkehres um 30 Prozent. Der Wechselstempel hat statt 9 Millionen kaum 3 Millionen Mark mehr gebracht, die Mehreinnahme des Effektenstempels war statt 11 kaum 7 Millionen Mark. Außerdem zeigte sich der volkswirtschaftliche Schaden, daß die Industrieobligationen, diese so bequeme und billige Kreditform der Industrie, auf die Hälfte sanken, ferner daß viel deutsches Kapital bei ausländischen Banken, weil diese billiger arbeiten können, angelegt wurde. (Vgl. »Frankf. Ztg.« vom 17. August 1910.)

Für die Finanzreform bliebe allerdings noch eine Änderung der Erbschafts- und Nachlaßgebühren. Da aber gerade die rüstungsfreundlichsten, die konservativen Parteien sich mit großer Energie, wenn auch vielleicht mit weniger Selbstlosigkeit, dieser Steuer widersetzen, so besteht wenig Aussicht auf deren Realisierung. Alle übrigen Steuerquellen sind zum Teile erschöpft, zum Teile nicht mehr ergiebig. Das Deutsche Reich ist durch die Rüstungen tatsächlich finanziell überlastet und, wie schon erwähnt, die Erhöhung der Einkommen hält nicht Schritt mit der Erhöhung der Steuern und namentlich mit der Erhöhung der Rüstungsauslagen. In vielen Gegenden des Deutschen Reiches herrscht Not, ja sogar noch Elend, namentlich in Hausindustriebezirken und die Teuerung ist dort ein ebenso gefürchteter Gast wie bei uns.

Auch die Finanzen Großbritanniens entwickeln sich, wie Tabelle 7 dartut, außerordentlich ungünstig, indem die Rüstungslasten viel stärker ansteigen als die ertrтägnisreichsten öffentlichen Abgaben, von welchen einige besonders wichtige, wie z. B. die Spiritusabgabe, gleichfalls keine steigende Ertragsfähigkeit zeigen. Auch der Außenhandel, namentlich die Ausfuhr nimmt lange nicht so zu, wie die Ausgaben für die Rüstungen. Die Entwicklung der Staatsschuld zeigt, welch enorme Belastung des Volksvermögens die einzelnen Kriege brachten. Allerdings war es möglich, in den Friedenszeiten, wenn auch nicht sehr bedeutende Beträge der Staatsschuld zu tilgen, aber nur in diesem reichen Lande!

Die Tabelle über Japans Staatshaushalt (Tabelle 8) beweist, daß hier die Rüstungsauslagen zwar gewaltig zunahmen, daß aber die öffentlichen Abgaben vielfach zu einem noch viel stärkeren Erträgnisse herangezogen werden mußten. Demgegenüber zeigt der Außenhandel eine viel geringere Entwicklung als die Rüstungsausgaben. Die enorme Steuer- und Schuldenlast Japans drückt schwer auf die Volkswirtschaft des Landes.

In den Vereinigten Staaten von Amerika (vgl. Tabelle 9) wurden bedeutende Summen für militärische Zwecke und ihre Folgen ausgegeben, etwa 70 Prozent der Staatseinnahmen.

Aus den Tabellen 10 und 11 geht hervor, daß die gleich bedenklichen Erscheinungen, die für Deutschland nachgewiesen wurden, auch von Österreich gelten. Auch hier steigt das Einkommen und die Löhne lange nicht in dem Maße wie die Rüstungsauslagen; ferner zeigt sich, daß der Ertrag so mancher wichtigen Steuer überhaupt nicht mehr gesteigert werden kann; einzelne Steuern gehen im Ertrage sogar zurück und die erträgnisreichsten

Steuern sind ebenfalls weit hinter der Zunahme der Rüstungsauslagen zurückgeblieben. Wenn auch für 1911 noch mit Zuhilfenahme aller Finanzkünste ein vorläufiges Auslangen gefunden werden sollte, so gehen wir, wenn die Rüstungsauslagen weiter steigen und wenn dazu die Verbureaukratisierung die gleichen Fortschritte macht wie bisher, einer geradezu trostlosen finanziellen Zeit entgegen.

Und die österreichische Volkswirtschaft hat gewiß alle Ursache, solchen Eventualitäten mit aller Kraft vorzubeugen; ist ja die wirtschaftliche Rückständigkeit, die schon jetzt herrschende steuerliche Überlastung auf nichts anderes zurückzuführen, als auf die unglückselige Finanzpolitik in den zwei ersten Dritteln des XIX. Jahrhunderts und auf die ganz und gar ungeregelten und übermäßigen Forderungen der Kriegsverwaltung in dieser Zeit. Aber das Volk hat ein sehr kurzes politisches Gedächtnis und lernt nur sehr schwer aus seiner eigenen Geschichte.

Dr. Friedrich Leiter hat in einem Vortrage über den österreichischen Staatshaushalt (in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte, 15. Dezember 1908) diese Zeit nur allzu wahr geschildert. Man erinnere sich an die Finanzwirtschaft mit Hilfe der Bankozettel, einer Bescherung des Siebenjährigen Krieges, welche 1810 (vor dem Bankozettelsturze) schließlich die ungeheure Summe von 1000 Millionen Gulden errreicht hatten. Man erinnere sich an alle übrigen Versuche der Finanzverwaltung, aus der Volkswirtschaft in möglichst schonender Weise, neben den ohnehin sehr hohen Steuern, Geld zu schöpfen: hierher zählen die Antizipationsscheine, die Einlösungsscheine, die Tresorscheine, die mehrfachen Losanlehen; dazu kam die Anhäufung der Schulden an die Nationalbank, die Verpfändung von Staatsgut (von welchen Pfandurkunden jetzt noch die nicht unbedeutende Summe von 87 Millionen Kronen Salinenscheine im Umlaufe sind); die Verschleuderung von Staatsgut, z. B. der Linien der Staatseisenbahn-Gesellschaft im Jahre 1855, deren Bau allein 80 Millionen Gulden gekostet hat, um 65 Millionen Gulden, ferner der Südbahn, welche 185 Millionen Gulden gekostet hatte, um — 135 Millionen Gulden, mit dem jetzt noch bekanntlich sehr wichtigen Kaufschillingsreste und der schwierigen Prioritätenfrage. Man erinnere sich aber auch an die 1820 erfolgte Einführung der überaus hohen Gebäudesteuer, die noch immer nicht ermäßigt wurde, ferner an die bedeutenden Kriegszuschläge zur Grundsteuer, namentlich aber zur Erwerbs- und Einkommensteuer, welche, obwohl 1868 als Provisorium eingeführt, im neuen Personaleinkommensteuer-Gesetze dem Erträgnisse nach beinahe unverändert übernommen wurden. Erst

in den letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts zeigte sich langsam eine Besserung der Staatsfinanzen, wodurch auch die Volkswirtschaft, besonders die produktiven Stände, nach und nach zu einer gesünderen Entwicklung kamen. Mit Recht bemerkt Dr. Leiter von der geschilderten Epoche unserer Finanzwirtschaft, daß sie charakterisiert sei durch wiederholte aber vergebliche Versuche, Ordnung in den Staatshaushalt zu bringen. Diese Versuche scheiterten aber immer wieder an den maßlosen Forderungen der Kriegsverwaltung und an den enormen Kosten der Kriege. An diesen Kosten hat noch jetzt unsere Volks- und Staatswirtschaft schwer zu tragen, obwohl sie uns politisch kaum irgend welche nennenswerten Vorteile brachten. Wie schon oben erwähnt: Unsere wirtschaftliche Rückständigkeit, die starke Steuerbelastung, die im Volke herrschende Unsicherheit, ja Unbildung in finanziellen Angelegenheiten — all das ist auf jene unglückliche Finanzwirtschaft und ihre Ursachen: die Kriege und Rüstungen, zurückzuführen.

Dieser Teil unserer Geschichte müßte denn doch falls man einer Wiederholung jener traurigen Zustände vorbeugen will, einer der stärksten Antriebe sein, daß man gerade in Österreich die Initiative, welche das amerikanische Volk und die amerikanische Regierung im Jahre 1910 ergriffen — zu einer internationalen Konferenz über den Stillstand der Rüstungen zu gelangen — mit aufrichtiger Freude begrüße und wärmstens unterstütze.

Die an und für sich schon hohe Belastung der österreichischen Volkswirtschaft mit öffentlichen Abgaben und Ausgaben für Rüstungszwecke und Schuldzinsen erfährt aber auch noch dadurch eine wesentliche Steigerung, daß Österreich-Ungarn und auch Österreich für sich genommen ein relativ viel ärmeres Land ist als etwa Deutschland, Frankreich und England. Die Schätzungen über die durchschnittlichen Einkommen der verschiedenen Länder sind nicht sehr verläßlich, weil lediglich die steuerpflichtigen Einkommen eine halbwegs vergleichbare Grundlage bilden. Wohl aber gibt die von dem bekannten Statistiker Dr. Bertillon berechnete Erbschaftsstatistik (vgl. Tabelle 12) einen Anhaltspunkt dafür, daß Österreich und auch Ungarn unter die armen Länder gehören; auf Grund dieser Berechnungen erscheint ihre verhältnismäßig ohnehin sehr hohe Belastung durch die Rüstungsauslagen noch viel schwerer als ohne diese Bezugnahme.

Aus Tabelle 13 geht hervor, daß Österreich pro Kopf der Bevölkerung nur um 1 Mk. weniger an staatlichen und nur um 8 Mk. weniger an allen Abgaben leistet

als Deutschland mit viel größerem Reichtum (Index: doppelt so großer Außenhandel!), dagegen eine fast gleich große (relative) Staatsschuld hat wie Deutschland und sogar Großbritannien!

Man begegnet allerdings noch immer Staatsmännern, welche die althergebrachte Meinung haben, man könne einer Volkswirtschaft an Abgaben geradezu unbegrenzte Beträge aufbürden, etwa nach Art der feudalen Finanzwirtschaft des ancien régime, die mit der jetzt noch zu bemerkenden Finanzpsychologie des sogenannten Kavaliers verwandt ist. Man stellt sich die Volkswirtschaft als beliebig entwicklungsfähig vor. Dies ist einer der größten Irrtümer, die ein Staatsmann begehen kann, und wenn er darnach handelt, ist es eine der größten Sünden an dem eigenen Lande.

Die Volkswirtschaft eines Landes, d. h. die Summe der wirtschaftlich tätigen Menschen, des jährlichen Ertrages aller Einzelwirtschaften, ist gewiß keine fixe, unwandelbare Größe, sondern elastisch und entwicklungsfähig. Es können daher auch die öffentlichen Abgaben, die man einer Volkswirtschaft jährlich entnimmt, gesteigert werden. Aber diese Steigerungsfähigkeit ist keine unbegrenzte und hängt von sehr vielen und wichtigen Voraussetzungen ab, vor allem anderen davon, wie die einzelnen Wirtschaftsobjekte miteinander und füreinander arbeiten, wie hoch die öffentlichen Lasten zu einer gegebenen Zeit sind, wie die gesamte Wirtschaftspolitik (Verkehrs- und Handelspolitik) eingerichtet ist, wie sich der Absatz im Inlande und Auslande gestaltet u. s. w.

Es ist ferner kein Zweifel, daß man einer Volkswirtschaft, z. B. der österreichischen oder der italienischen, noch so manche Millionen an öffentlichen Abgaben abnehmen könnte. Es ist aber ebenso kein Zweifel: wenn die Wirtschaftssubjekte, die jahraus jahrein sich unter sehr schwierigen Bedingungen abmühen, um für sich und die ihrigen, oft auch für eine große Zahl von Angestellten und Arbeitern den Betrieb aufrecht zu erhalten, wenn ferner die Unselbständig-Tätigen ebenfalls jahraus jahrein von ihres Kopfes oder ihrer Hände Arbeit einen meist kärglichen Unterhalt finden — wenn alle diese, wirtschaftlich tätigen Bewohner eines Staates über ein gewisses Maß hinaus durch die Abgaben belastet werden, dann beginnt — es ist dies eine steuerpsychologische Tatsache — der Anreiz zum Erwerbe, zum Verdienen geradezu automatisch zu sinken — man schlachtet die Henne, welche die goldenen Eier legen soll. Dann wäre es wahrlich besser, sofort mit einer radikalen Maßnahme vorzugehen und zu sagen: Jedes Einkommen, welches

einen Betrag von etwa 3000 oder 4000 K oder Mark oder Francs übersteigt, verfällt dem Staate, wird konfisziert. Man würde sehr bald die Konsequenz einer übergroßen Steuerbelastung wahrnehmen: In einigen Jahren wird es überhaupt keine größeren Einkommen als das Minimum geben und der Staat wird nichts einnehmen. Es ist also finanzpolitisch ein sehr gefährliches Spiel, die Leistungsfähigkeit der volkswirtschaftlichen Erträge, und dazu noch auf die Dauer, über Gebühr zu belasten. Und wenn offiziöse Blätter von der wahrscheinlichen Bedeckung der neuen Rüstungsauslagen, soweit Österreich in Betracht kommt, sehr befriedigt sind, indem der Bevölkerung keine neuen Abgaben auferlegt werden sollen und es sich nur um die »naturgemäße«, »rechtmäßige« Steigerung der Rüstungsausgaben handle, so ist dies ein völlig verkehrter Standpunkt: die Bevölkerung ist derzeit schon, wie oben bewiesen wurde, überlastet, ein wirklicher Fortschritt bestände daher nur in einer Verminderung der Rüstungsausgaben, bezw. der Abgaben!

3. Die volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile der Rüstungen.

Zu den bisher erwähnten, zum Teile sehr bedenklichen finanzwirtschaftlichen Nachteilen der Rüstungspolitik bemerken nun die unbedingten Anhänger des Militarismus, daß die Rüstungen eine Reihe außerordentlich wichtiger volkswirtschaftlicher Vorteile mit sich bringen, die wir nun hier kurz kritisch zu erörtern haben werden. In der Hauptsache wird folgendes angeführt:

a) Die Rüstungsauslagen kommen wieder in Form von Bestellungen der Volkswirtschaft zugute, seien also auch produktiv. (Produktivitäts-Argument.)

b) Rüstungen seien der wirksamste Schutz unseres Außenhandels, namentlich der Ausfuhr, unserer Handelsflotte in fremden Gewässern und unserer Angehörigen in überseeischen Ländern. (Handelspolitisches Argument.)

c) Die Rüstungsauslagen seien eine, und zwar sehr niedrige Versicherungsprämie gegen den Krieg überhaupt und gegen die Schäden, die ein eventueller Krieg zufügt. (Argument der Friedensassekuranz.)

a) Das Produktivitäts-Argument:

Ein Argument, mit welchem die Rüstungen sehr häufig verteidigt werden und welches auf den ersten Blick sehr einleuchtet, ist der Hinweis darauf, daß die Rüstungsauslagen wieder der Volkswirtschaft zugute

kommen (Unternehmern, Angestellten und Arbeitern, die das Kriegsmaterial herstellen), ebenso in Form von Steuern dieser Wirtschaftssubjekte. Man spricht in diesem Sinne auch von der Produktivität der Rüstungsauslagen. Kurz und lapidar wurde in der Thronrede vom 29. Dezember v. J. gesagt: »Die vermehrten Auslagen werden auch wirtschaftlichen Nutzen bringen«.

Der praktische und objektive Volkswirt bildet sich über diese Zusammenhänge denn doch ein etwas anderes Urteil. Der erste Nachteil liegt darin, daß je mehr Rüstungsgegenstände in einem Lande hergestellt werden, desto mehr Kapital auch diesen Unternehmungen zufließt (unter Umständen auch ausländisches Kapital); desto mehr werden aber die übrigen Unternehmungen des Landes von Kapital entblößt, desto teurer mit anderen Worten ist das Kapital für die übrigen (allerdings nur für gewöhnliche bürgerliche Zwecke arbeitenden) Beschäftigungen.

Aber wichtiger ist es, daß man sich häufig einer optischen Täuschung über die wirtschaftliche Rolle der Rüstungsauslagen hingibt. Man stellt sich diesen Kreislauf so vor, als ob die Entnahme der Rüstungsgelder aus der Volkswirtschaft etwa gleichzeitig oder wenigstens sehr rasch hernach derselben Volkswirtschaft, und zwar denselben Wirtschaftssubjekten zugute kommt. Zwischen diesen beiden Akten des Rüstungsdramas liegt aber ein oft sehr langer Zwischenakt und die Akteure sind ganz andere: im ersten Akte Volksszenen; im zweiten Akte feudale Herren, die Geldaristokratie.

Der erste Akt des Dramas ist die Einhebung der hohen oder wegen der Rüstungen neuerdings erhöhten Steuern, die Bezahlung der Schuldzinsen für die Rüstungen etc. Diese Beträge werden zum größten Teile von allen Wirtschaftssubjekten bezahlt, von den kleineren sogar relativ in höherem Maße als von den größeren, weil ja die indirekten Abgaben bekanntlich in allen Budgets die Haupteinnahme bilden. Außerdem gibt es in den meisten Staaten Steuern für bestimmte Wirtschaftsgruppen oder Berufe, welche aber auch meist wieder auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können, z. B. die Gebäudesteuer.

Die Ausgabe der Gelder für die Rüstungszwecke, der zweite Akt des Dramas, erfolgt begreiflicherweise viel später und kommt zunächst einigen großen Produzenten und großen Lieferanten, in manchen Ländern auch, wenngleich zu einem bescheidenen Teile, den kleineren Gewerbetreibenden oder, was Lebensmittel betrifft, auch den Urproduzenten zugute. Außerdem entfällt ein angemessener Teil dieser Beträge auf die Angestellten und Arbeiter

dieser Unternehmungen, ferner gewinnt daran, aber schon in sehr verdünntem Maße, in der Form der von diesen Unternehmungen und Personen bezahlten Steuern, wieder die Allgemeinheit.

Die volkswirtschaftliche Frage ist nun: Kann der Vorteil, den die direkten Rüstungsinteressenten genießen, die ja immerhin nur einen kleinen Ausschnitt aus der gesamten Volkswirtschaft darstellen, kompensiert werden mit dem wirtschaftlichen Nachteile, den alle übrigen Wirtschaftssubjekte und Unternehmungen im Staate infolge der erhöhten und manchmal schon unerschwinglich hohen Abgaben erleiden?

Und diese Frage wird man wohl in den allermeisten Fällen verneinen müssen: Der Nachteil ist nämlich hier in der Regel viel größer als der Vorteil, zumal in der Zwischenzeit (zwischen Steuereinhebung und Ausgaben des Geldes für Rüstungen) zahlreiche Betriebe infolge der übermäßigen Besteuerung zugrunde gegangen waren und die konsumierende Bevölkerung infolge der Teuerung wirtschaftlich und gesundheitlich Schaden genommen hat.

Als einen weiteren Einwand gegen das Produktivitäts-Argument könnte man anführen, daß die Rüstungsgegenstände oft in sehr kurzer Zeit wenig verwendbar oder wertlos werden, während die dafür ausgelegten Gelder nach wie vor die Volkswirtschaft belasten, namentlich auch der Dienst für die Staatsschulden.

Allerdings ist, was die neuen vier österreichisch-ungarischen Dreadnoughts betrifft, ausdrücklich gesagt worden, daß die dafür emittierte Rente ungefähr in derselben Zeit, in welcher die Schiffe sich entwerten (20 Jahre), zur Tilgung gelangen soll; aber wer bürgt dafür, daß die Finanzen die jährliche 5prozentige Tilgung zulassen, und dafür, daß die Entwertung der Schiffe nicht viel früher eintritt? Wer kann die Entwicklung der Kriegstechnik auf eine so lange Zeit voraussagen? (Vgl. übrigens hierzu Seite 36.) Also auch hier ergibt sich sehr häufig eine Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem Aufwand und wirtschaftlichem Gebrauchswert, zwischen Kosten und Nutzen der Rüstungen.

Eine, meines Erachtens sekundäre Frage ist es, w i e die Rüstungsauslagen sich auf die dabei Interessierten v e r t e i l e n. Es ist ebenfalls sekundär, ob wir im Inlande etwas teurer als im Auslande kaufen, obwohl selbstverständlich die Steuerträger den großen Preisunterschied von 6 bis 10 Millionen Kronen pro Dreadnought sehr empfinden müssen. Es soll gewiß nicht ein ungerechtfertigter Kartell- oder Monopolsgewinn verteidigt werden. Da aber an der Herstellung des Rüstungsmateriales auch

Angestellte und Arbeiter interessiert sind, so ist die Herstellung im Inlande noch immer das kleinere Übel gegenüber der Herstellung im Auslande, zumal in diesem Falle von der viel gerühmten »Produktivität« der Rüstungskosten überhaupt nicht mehr gesprochen werden könnte.

Ebenso ist es vielleicht politisch-taktisch den Wählern gegenüber nicht zu unterschätzen, aber praktisch genommen ziemlich bedeutungslos, daß die Urproduzenten oder die Kleingewerbetreibenden ebenfalls an den Heereslieferungen beteiligt sind. Diese Beträge sind keine sehr großen. Der normale Jahresbetrag an Fußbekleidungen z. B. beträgt etwa 240.000 Paar; von der österreichischen Quote entfallen etwa 30 bis 40 Prozent auf die Kleingewerbetreibenden. Ihr Erlös betrug etwa 1908 650.000 K, ferner für Riemer- und Sattlerarbeiten 250.000 K. Die Schuhlieferung wurde aber an 8600, also beinahe 9000 Bewerber aufgeteilt,· die Lieferung der Lederarbeiten auf 235 Bewerber.

Im Berichte des Heeresausschusses der Delegation heißt es denn auch, daß die einzelnen nur so geringe Quantitäten erhalten, daß »deren Ausführungen entscheidenden Nutzen nicht abwerfen«. Das kleingewerbliche Kontingent wurde seither (seit 1908) allerdings erhöht, der absolute Ertrag des einzelnen ist aber deshalb nicht wesentlich größer geworden. (1910 betrug der Gesamtwert der kleingewerblichen Lieferungen an Schuhen etc. — 1·6 Millionen Kronen.)

Auch die Verteilung der Lieferungen auf Österreich und Ungarn ist lediglich eine Frage der Durchführung und — rebus sic stantibus — gewiß von Bedeutung für die österreichische Industrie, ebenso wie diese z. B. sich dagegen verwahren müßte, wenn die Kriegsverwaltung industrielle Artikel (Bekleidung, Lederwaren etc.) in eigener Regie, in eigenen Produktionsstätten herstellen wollte — denn in diesem Falle wäre wohl der letzte Rest des »Produktivitäts-Argumentes« verschwunden!

Das entscheidende Argument muß aber vom Standpunkte der Allgemeinheit bleiben: Die Rüstungsgegenstände können niemals selbst reproduktiv sein, d. h. zur Hervorbringung neuer Werte dienen, wie alle übrigen landwirtschaftlichen oder industriellen Produkte; es sind also im Grunde genommen unwirtschaftliche Ausgaben, die sich höchstens in der — später zu schildernden »Versicherungs- und Schutzfunktion« bezahlt machen könnten.

* * *

Ein oft betonter wirtschaftlicher Vorteil der Rüstungen, eine Variante des Produktivitäts-Argumentes, sind ihre Anregungen zu neuen Erfindungen und Verbesserungen (vgl. den Vortrag des Linienschiffleutnants Descovich über die Marine, gehalten im Niederösterreichischen Gewerbevereine am 12. Jänner 1911). Das ist zum Teile richtig: ohne jeden wirtschaftlichen Nutzen sind die Rüstungen gewiß nicht, sonst wären sie denn doch schon längst von ihrem Gegenteile abgelöst worden. Aber man darf diesen Vorteil auch nicht übertreiben. Es muß festgestellt werden, daß gerade die größten und wichtigsten Erfindungen (Buchdruckpresse, Dampfmaschine, Spinnmaschine, Nähmaschine, Telegraph, Telephon, elektrische Kraftmaschine, Kühlmaschine, Kompaß und Schiffsschraube, in der medizinischen Wissenschaft die Bakteriologie) auf rein zivilistische Persönlichkeiten und auch nur für rein bürgerliche Verwendungszwecke zurückzuführen sind. Die Regel ist, daß die Kriegsverwaltungen sich erst dann einer neuen Erfindung bemächtigen, wenn sie so ziemlich erprobt ist. Die Technik wird ihre Fortschritte gewiß auch dann machen und diese Fortschritte werden den Volkswirtschaften in diesem Falle auch viel rascher und wirkungsvoller zunutze kommen, wenn die bescheidene Anregung seitens der Kriegsverwaltungen nicht oder nicht mehr bestünde.

Wie Kriegswerkzeuge sich zu Instrumenten des Friedens verhalten, darauf kann man eine gute psychologische Stichprobe machen. Die in den Museen befindlichen, veralteten Kriegswerkzeuge muten ganz anders an als etwa die alten Spinnräder und anderer alter Hausrat; im ersten Falle hat man die Empfindung des vollständig zwecklos Gewesenen und Gewordenen, im letzten Falle aber umweht den Gegenstand noch immer die Poesie der nützlichen Arbeit des Bürgerfleißes.

* * *

Volkswirtschaftliche Nachteile der Rüstungen.

Den relativ ohnehin sehr bescheidenen Vorteilen aus dem Titel der »Produktivität« stehen nun gewichtige volkswirtschaftliche Nachteile der Rüstungen gegenüber. An dem militärischen System muß nämlich insofern Kritik geübt werden, als es (abgesehen von den immer drückender werdenden Lasten) eine Reihe, man könnte sagen beruflicher Nachteile mit sich bringt, die ja gerade in den Kreisen von Gewerbe und

Industrie fast aller Militärstaaten ständig zu Klagen Anlaß geben.

Es sei erinnert an die Bestimmung der meisten Patentgesetze, daß die Kriegsverwaltung das Recht hat, von Erfindungen, welche sich auf militärisch relevante Gegenstände beziehen, Gebrauch zu machen, ohne daß der Kriegsverwaltung gegenüber aus dem Patente irgend welche Rechte geltend gemacht werden könnten, eine Bestimmung, welche vielfach zum Stillstande der Erfindungstätigkeit geführt hat, zumal die Vergütung in solchen Fällen gewiß sehr selten einen wirklichen Ersatz des Wertes der Erfindung darstellt. (Vgl. z. B. § 10 des österreichischen Patentgesetzes vom Jahre 1897.)

In den Wehrgesetzen der meisten Staaten sind die wichtigsten wirtschaftlichen Schädigungen, die die Rüstungen mit sich bringen, wenigstens zum bescheidenen Teile schon vorweg saniert worden, so insbesondere in der relativen Befreiung bestimmter Berufe vom aktiven Dienste (Geistliche, Lehrer, Besitzer ererbter Landwirtschaften, einzige Söhne oder Enkel erwerbsunfähiger Aszendenten etc.). (Vgl. § 25, 31, 34 des österreichischen Wehrgesetzes vom Jahre 1889.)

Hier anzuführen wäre auch die in anderen Handelsstaaten schon früher, in Österreich erst 1900 (Ministerialverordnung vom 4. Mai 1900) eingeführte Befreiung derjenigen Kaufleute von den aktiven Militärdienstleistungen, welche im Interesse des heimischen Handels in überseeischen Ländern tätig sind.

In unserem Vereine wohl bekannt sind die Nachteile, welche eine engherzige Handhabung des Einjährig-Freiwilligenrechtes für den kaufmännischen Nachwuchs mit sich bringt. Es wäre anzustreben, daß das Einjährig-Freiwilligenrecht nicht nur nicht erschwert, sondern insbesondere dadurch erleichtert werde, daß es nicht erst nach Absolvierung einer oberen Mittelschule, sondern schon nach dem fünften oder sechsten Jahre der Mittelschule zusteht. (Vgl. den Aufsatz Ernst Krauses im »Neuen Wiener Tagblatt« vom 28. Jänner 1911.)

Trotz der erwähnten, gewiß nicht sehr bedeutenden Erleichterungen hinsichtlich der Dienstpflicht ergab sich in mehreren Staaten die weitere Notwendigkeit, denjenigen, welche ihre Dienstleistung abgeleistet haben, den Wiedereintritt in den bürgerlichen Beruf zu erleichtern, da sich vielfach mehr weniger lang dauernde Arbeits- oder Stellenlosigkeit zeigte. Hierzulande wurde 1909 eine eigene »Gesellschaft vom Österreichischen Silbernen Kreuz« zur Fürsorge für solche Reservisten gebildet. Sie nahm zu-

folge ihres Geschäftsberichtes schon im ersten Jahre ihrer Tätigkeit über 2000 Fälle in Behandlung, welche meist die Vermittlung von Stellen, vielfach auch Geldunterstützungen betrafen. Die Ausgaben betrugen die nicht unbedeutende Summe von 181.179 K, auch ein Beitrag zu den Rüstungslasten!

Was die einzelnen Berufe und ihre Benachteiligung durch die Rüstungen betrifft, so sei hier als ein interessantes Faktum hervorgehoben, daß gerade diejenige Wirtschaftsgruppe, welche gewiß die rüstungsfreundlichste Politik befolgt, die Landwirtschaft, und zwar in Deutschland sich darüber beschwert, daß die aus dem Heer zurückkehrenden Reservisten in vielen Fällen ihrem ursprünglichen Berufe, der Landwirtschaft, entfremdet seien und daß die herrschende Leutenot auf dem Lande nicht bloß der Anziehungskraft der Städte und der Industrie, sondern auch den ummodelnden Faktoren des Militärdienstes zuzuschreiben sei. Man versuchte nach dem Beispiele Frankreichs und Italiens als Gegenmaßregel die systematische Pflege des landwirtschaftlichen Unterrichtes im Heer einzubürgern (vgl. Zeitschrift für Agrarpolitik, Jänner 1911), mit welchem Erfolge, darüber liegen noch keine Berichte vor.

Für die gesamte Bevölkerung von einschneidendster Wichtigkeit wäre allerdings die schon lang begehrte Einführung der zweijahrigen Dienstpflicht, wenigstens in den meistbesetzten Waffengattungen, bekanntlich eine Maßregel, die schon seit vielen Jahren in Deutschland mit dem besten Erfolge eingeführt ist und gewiß dazu beitragen würde, daß die produktiv tätige Bevölkerung ihrem Berufe durch den Militärdienst nicht allzu lange entzogen würde. Bekanntlich sind in den bedeutenden Mehrforderungen, welche heuer den Delegationen vorgelegt wurden, noch keinerlei Kosten für die Einführung der zweijährigen Dienstpflicht enthalten; sie wird in sehr geschickter Weise mit einer bedeutenden Erhöhung der Aktivstände des Heeres verquickt und bedeutet somit eine abermalige Erhöhung des Militäretats, so daß die wirtschaftlichen Vorteile der Verkürzung der Dienstpflicht durch die wesentlich erhöhten Mehrkosten, die sich wieder in der Form von Steuern äußern müssen, vielleicht zur Gänze wettgemacht werden.

Die starren Anhänger des Rüstungsgedankens perhorreszieren im übrigen die zweijährige Dienstpflicht und meinen, es sei das wertvollste und letzte Geschenk, welches die Kriegsverwaltung der Volksvertretung anbieten könne. Durch die zweijährige Dienstpflicht werde aus dem

Heer eine bloße Miliz u. a. m.*) Die Bevölkerung wird sich aber gewiß keiner Täuschung hingeben und nach wie vor die verkürzte Dienstpflicht verlangen; die Volksvertretung wird die Kosten dieser Reform auf das wirklich notwendige Maß herabzusetzen haben.

All diese zahlreichen beruflichen Schädigungen müssen gegenüber dem »Produktivitäts-Argument« denn doch beachtet werden, wie nicht minder der prinzipielle, ganz allgemeine volkswirtschaftliche Nachteil, daß die aktiv dienenden Mannschaften den wirklich produktiven, d. h. reproduktiven Tätigkeiten entzogen werden, ein Verlust, den namentlich die Landwirtschaft, aber auch Gewerbe und Industrie in fast allen großen Militärstaaten sehr fühlbar empfinden.

Damit hängt ferner zusammen, daß die oft erwähnten Vorteile der Militärdienstleistung (Disziplinierung, Unterricht etc.) auch von so manchen Nachteilen begleitet sind. Dem Soldaten fehlt jede Selbständigkeit, jedes eigene Verantwortlichkeitsgefühl, jede Initiative; es werden ihm jene Eigenschaften, die für den selbständigen wirtschaftlichen Beruf so notwendig sind, nicht anerzogen, ja geradezu abgewöhnt. Er wird seinem ursprünglichen Berufe häufig entfremdet und es ist kein volkswirtschaftlicher Vorteil, wenn ehemalige Landwirte oder gelernte Hilfsarbeiter, nachdem sie Unteroffiziere wurden, nicht wieder zu ihrem ersten Berufe zurückgehen, sondern als »Zertifikatisten« oder Anwärter (in den meisten Militärstaaten) in die Beamtenlaufbahn übergehen.

Diese zahlreichen indirekten Nachteile des Militärsystems müssen also in die Bilanz eingestellt werden,**) weil man gelehrt wurde, die vereinzelten Vorteile in der Regel viel zu hoch einzuschätzen.

* *
*

Ein anderer wirtschaftlicher Nachteil des Militarismus, der dessen »Produktivität« abermals verringert, ist der Bau und Betrieb sogenannter strategischer

*) Vgl. z. B. Danzers »Armee-Zeitung« vom 26. Jänner 1911.

**) Wie es mit den Nachteilen des Soldatentums bestellt ist (welches für manche noch die wilde Romantik früherer Jahrhunderte in sich zu bergen scheint), beweist jene volkstümliche, sehr bezeichnende Kritik, die in den Ausdrücken »Drill«, »Mietkaserne«, »Kasernenstil« u. dgl. gelegen ist.

(d. h. wenig ertragreicher) Eisenbahnen. Wichtige Teile der Wiener Stadtbahn selbst bieten ja den besten Beweis für den wirtschaftlich, verkehrspolitisch und finanziell gleich »hohen« Wert solcher strategischer Bahnen! Auch Bahnen in Galizien, in Tirol, ferner der südliche Teil der Tauernbahn bieten solche Beispiele. Wegen der eventuellen Möglichkeit einer kriegerischen Komplikation wird die Trasse so gewählt, daß die vorhandenen ernsten und dauernden Verkehrsbedürfnisse entweder gar nicht oder nur sehr schlecht befriedigt werden, daß die Baukosten viel teurer sind, als wenn eine verkehrstechnisch günstigere Trasse gewählt worden wäre, und daß die Betriebskosten viel höher sind, bezw. die Betriebsüberschüsse wegen des in Friedenszeiten begreiflicherweise ungenügenden Verkehres sich in Betriebsdefizite verwandeln, als ob die Kriege das Normale, die Friedenszeiten nur kurz währende Ausnahmen wären! Mit Recht wird von den wirtschaftlichen Parteien gefordert, daß solche Bahnen von dem Konto des Eisenbahnärars auf das Konto des Kriegsärars übernommen werden; allerdings würde das nur bedeuten, daß das Geld aus der einen in die andere Tasche wandert. Es würde aber wenigstens zum Teile verhindert werden, daß die Tarife der Staatsbahnen aus dem Titel des Betriebsdefizites der Staatsbahnen erhöht werden, welches angeblich alle Staatsbahnen trifft, eigentlich aber zum größten Teile auf die strategischen Bahnen zurückzuführen ist.

* * *

Die Rüstungen sind nebst der ebenfalls ins Maßlose steigenden Schutzzollpolitik die hauptsächlichste Ursache früherer und namentlich auch der jetzt herrschenden Teuerung. Einer sehr sorgfältigen amtlichen Statistik des so hochstehenden amerikanischen Bundesstaates Massachusetts (vgl. Tabelle 14) ist der Betrag zu entnehmen, um welchen die Preise der wichtigsten Lebensmittel während der Kriege der Union und nach denselben stiegen. Es handelt sich um eine sehr wertvolle amtliche Untersuchung über die Ursachen der Teuerung in allen Staaten, in welcher die Auslagen für Heer und Flotte als eine der wichtigsten Ursachen der Teuerung zu allen Zeiten festgestellt wurden. Der bewaffnete Friede, heißt es dort, und die Kriege nehmen Millionen und Millionen Menschen aus den eigentlich produktiven Beschäftigungen heraus; sie entziehen die Kräfte von anderen Millionen den nützlichen Industrien

und überweisen diese Kräfte der Produktion von Rüstungsmaterial aller Art. Das gleiche gilt vom Kapital. Diese »Diversion« des Kapitals und der Arbeit aus der produktiven Tätigkeit zur zerstörenden mit der Begleiterscheinung, daß die Lebensmittel ebenfalls für die militärischen Zwecke beansprucht werden, bewirken ein Steigen der Preise schon in normalen Zeiten, namentlich aber in Zeiten kriegerischer Verwicklung. Die Manie des Militarismus, heißt es weiter, führt außerdem die Völker dazu, sich in immer neue Schulden zu stürzen, um Geschütze zu erhalten, welche niemals schießen werden und eine Flotte zu bauen, welche niemals fechten wird. Die Staatsmänner müssen ihre beste Kraft darauf verwenden, immer neue Methoden der Besteuerung ausfindig zu machen, um diese steigenden Beträge aufzubringen — eine naturnotwendige Folge der steigenden öffentlichen Abgaben ist eine Verteuerung der durch die Abgaben betroffenen Produkte.

Wie auch der bekannte Vorkämpfer für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit und für ein Einvernehmen in der Rüstungsfrage, Alfred H. Fried, im Anschlusse an die erwähnte amerikanische Publikation bemerkt (»Neues Wiener Journal« vom 27. Juli 1910), sind die ersten Anfänge der jetzt herrschenden Teuerung unmittelbar nach dem Ausbruche des russisch-japanischen Krieges (Frühjahr 1904) zu merken gewesen. In diesem Zusammenhange seien auch noch erwähnt: der große Kursverlust der russischen Werte und der große Geldbedarf Rußlands und Japans; diese mußten lähmend auf die Geldmärkte Europas und somit auch auf die gesamte Volkswirtschaft Europas wirken. Westeuropa ist ja bekanntlich der Gläubiger Rußlands; es hatte vor dem Kriege etwa 13 Milliarden Francs russische Werte, welche nach dem Kriege um durchschnittlich 25 Prozent im Kurse gesunken waren. Der Verlust betrug also etwa 3·5 Milliarden Francs. Dazu hatte Westeuropa auch die hauptsächlichsten Kriegskosten Rußlands zu zahlen, etwa 4 Milliarden Francs, in der Form neuer Anlehen. Diese 7 Milliarden Francs fehlten also im Haushalte des Kontinents und mußten sich begreiflicherweise in einer stark nachteiligen Wirkung auf den ökonomischen Aufschwung Westeuropas äußern.

Bei dem zeitweilig sehr stark gesunkenen Angebote an wichtigen Lebensmitteln, z. B. russischer Bodenprodukte war es begreiflich, daß die nicht sehr niedrigen Schutzzölle der mitteleuropäischen Staaten noch mehr als zu normalen Zeiten in Geltung kamen. Nimmt man dazu einige Jahre schlechter oder minderer Ernte in den mitteleuropäischen Staaten, so ist die Teuerung der Brotfrüchte oder

anderer wichtiger Nahrungsmittel wohl zur Genüge erklärt.*)

b) Das handelspolitische Argument.

Schon aus dem bisher Dargestellten geht hervor, daß die wirtschaftliche Bilanz der Rüstungen denn doch nicht so günstig aufzufassen ist, wie man es in offiziellen und auch in gutgläubigen privaten Kreisen häufig findet. Es gibt eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Nachteile, die die bescheidene Liste der wirtschaftlichen Vorteile mehr als kompensieren.

Es wurden gewöhnlich nur die Lichtseiten, und zwar so oft und so eindringlich betont, daß man schließlich daran glaubt, während es fast als ein Vergehen gegen den Patriotismus gilt, von Schattenseiten des Militarismus überhaupt zu sprechen. Nun, es muß auch der Militarismus, wie jede menschliche Institution, vor dem Forum der Logik, der Wirtschafts- und Finanzwissenschaft Rede und Antwort stehen; je nachdem seine Bilanz ausfällt, wird das Urteil über ihn lauten.

Namentlich in den letzten Jahren wird auch von nicht handelspolitisch gebildeter Seite mit Vorliebe darauf hingewiesen, daß die Rüstungen zur Sicherung, ja sogar zur Erweiterung des Außenhandels, der Handelsflotte und der Angehörigen in auswärtigen Staaten dienen, also wirtschaftliche Werte gegen Verlust oder Beschädigung zu erhalten berufen sind. In dem Exposé des Marinekommandanten, in den Ausführungen des Berichterstatters der österreichischen Delegation finden wir diese Hinweise, ebenso aber in den Marine-Exposés der meisten übrigen Staaten. Der Gesamtverkehr in den österreichischen und ungarischen Seehäfen habe 1908 über 6 Millionen Tonnen

*) Daß die Teuerung auch in Ungarn zu einem immer ernsteren ökonomischen und staatlichen Probleme wird, geht aus den preisgekrönten Arbeiten, die der Ungarische Landes-Industrieverein über die Teuerung im Jahre 1910 veröffentlichte, mit erschreckender Deutlichkeit hervor. Wie z. B. Dr. Bihari mitteilt, sind in der Zeit 1895/1905 gestiegen:

die Lebensmittelpreise um	35 bis 40 Prozent
die Löhne der Werkstättenarbeiter der kgl. Ungar. Staatsbahnen um	22 „
die Löhne der Maurer um	16 „
die Löhne der Bau-Taglöhner um	10 „

Der Fleischkonsum Budapests betrug pro Kopf der Bevölkerung und Jahr im Jahre 1874 noch 63 kg, im Jahre 1906 nur 44 kg; dafür ist auch der Preis für 1 kg Rindfleisch Ia in derselben Zeit von 96 auf 170 Heller gestiegen. Der Wohnungsbedarf überstieg in Budapest das Angebot um 2700 bis 2900 Wohnstätten, d. h. 17 Prozent der vorhandenen Wohnhäuser. (Nach Dr. Bálint.)

im Werte von rund 1700 Millionen Kronen betragen; diese Interessen bedürfen wohl eines staatlichen Schutzes (Berichterstatter Dr. Schlegel). Wenn wir eine entsprechende Flotte gehabt hätten, hätte der türkische Boykott vermieden werden können u. a. m.

Wie verhält es sich in Wahrheit mit dieser Versicherungsfunktion der Rüstungen und der Kriegsflotte?

Es läßt sich nachweisen, daß die Größe der Ausgaben für die Rüstungen und für die Flotte in gar keinem ursächlichen Zusammenhange steht mit den erwähnten wichtigen Auslandsinteressen der einzelnen Staaten, und zwar weder mit der Ausfuhr, noch mit der Handelsflotte.

Aus den Tabellen 15, 16, 17 und 18 geht hervor, daß, je größer die Kopfquote des Außenhandels eines Staates ist, desto geringer der Versicherungsschutz durch die Rüstungen dieses Staates ausfällt. Es zeigt sich faßt eine gesetzmäßige Erscheinung, welche vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß, je geringer die Rüstungsauslagen sind, desto geringer naturgemäß auch die Belastung der Volkswirtschaft und desto größer — ceteris paribus — ihre Konkurrenzmöglichkeit auf ausländischen Märkten sein muß. Und anderseits: wie verschiedene Erfolge im Außenhandel bei gleich großer Versicherungsprämie! Die meisten Staaten erzielten vergleichsweise mit demselben Rüstungsaufwande einen viel größeren Außenhandel als Österreich-Ungarn; anderseits »schützen« wir unseren Außenhandel verhältnismäßig viel zu hoch. (Vgl. Tabellen 16 und 18.)

Auch wenn wir bloß die Ausfuhr in Betracht ziehen (vgl. Tabellen 19 und 20), ergibt sich diese Tendenz: je größer die Ausfuhr, desto geringer die Rüstungs-, bezw. die Marineauslagen für die ausgeführte Menge.

Andere Tabellen (21 und 22) zeigen einen ähnlichen Zusammenhang zwischen der Zahl der Registertonnen der Handelsflotte und den Rüstungsausgaben; die meisten Staaten »versichern« ihre Handelsflotte bei der Kriegsmarine viel billiger als wir.

Es ergibt sich ferner aus diesen Tabellen, daß Österreich-Ungarn einen verhältnismäßig sehr hohen Betrag für den angeblichen militärisch-maritimen Schutz seines Außenhandels, seiner Ausfuhr und namentlich seiner Handelsflotte zahlt. Viele Staaten haben bei einer viel geringeren Rüstungsquote einen viel größeren Außenhandel, eine viel größere Handelsflotte.

Größe der Rüstungen und Stärke der Kriegsmarine stehen, wie nochmals betont werden soll, in gar keinem ursächlichen Zusammenhange mit der Größe des Außenhandels und der Handelsflotte.

Gerade Industrie und Handel in Österreich werden diesen Satz begreiflich finden, indem sie ja sehr wohl einsehen, daß die Blüte des Außenhandels und der Handelsflotte von ganz anderen Umständen abhängt als von der Zahl der Kriegsschiffe

Ein englischer Schriftsteller, Norman Angell, bemerkt übrigens treffend (»Die große Täuschung«, Leipzig 1910): »Wir könnten noch 50 Dreadnoughts bauen und würden trotzdem kein Federmesser mehr ins Ausland verkaufen.«

Und derselbe Schriftsteller verweist darauf, daß dem britischen Exporte nach Kanada, obwohl er doch durch die mächtige Kriegsflotte Englands geschützt sei, gleichwohl eine steigende, auch ziffermäßig nachgewiesene Konkurrenz durch entweder gänzlich oder beinahe völlig »ungeschützte« Staaten, wie Holland, Belgien, Schweiz, gemacht wird.

Wenn in Brasilien oder Argentinien ein Kaufmann dem deutschen Reisenden den Vorzug vor dem englischen gibt, so gewiß nicht deshalb, weil der Käufer weiß (wahrscheinlich weiß er davon überhaupt nichts), daß Deutschland im Begriffe sei, ebensoviel Dreadnoughts zu besitzen, wie England.

Was im Außenhandel entscheidet, ist der Preis und die Qualität der Ware, die Geschicklichkeit des Vertriebes, die Kenntnis des Marktes und die Anpassung an denselben — die uralte und ewig wahre Regel, welche mit der Größe der Kriegsflotte gar keinen wie immer gearteten Zusammenhang aufweist, höchstens den schon erwähnten, daß, je stärker ein Land für Rüstungszwecke belastet ist, desto geringer seine industrielle und kaufmännische Expansionsfähigkeit sein wird.

Aus den erwähnten Gründen ist es auch durchaus falsch, wenn z. B. Leopold v. Chlumecky (»Österreichische Rundschau«, 15. April 1910) behauptet, daß im Mittelmeere die Art und Weise des Auftretens zur See den sinnfälligen Maßstab für die Beurteilung der militärischen Entwicklung der europäischen Mächte abgebe und daß dies auch auf die Handelsinteressen rückwirke. Gerade das Gegenteil ist richtig. Durch ein zu starkes Säbelrasseln verscheucht man die mißtrauischen Orientalen und Levantiner mehr als man sie gewinnt. Wenn wir zur Zeit des türkischen Boykotts auch keine Dreadnoughts, sondern andere Kriegsschiffe vor Konstantinopel, Smyrna etc. geschickt hätten, so wäre es den Türken gewiß nicht eingefallen, abzuschätzen, welche Dimensionen das Schiff im Vergleiche zu einem englischen Schiffe habe. Es ist aber sehr fraglich, ob dieses plumpe Manöver, welches an den

Gedankenkreis längst vergangener Zeiten erinnert, heutzutage wirklich eine dauernde wirtschaftliche Besserung zu erzielen vermag.

Allzu scharf macht kantig: allzu weit getriebene Rüstungen können das gerade Gegenteil einer Exportförderung, d. h. eine Exporthemmung herbeiführen. Wie Norman Angell in dem zitierten Buche (Seite 280) scharfsinnig prophezeit, würde England, um seine Flottensuprematie gegenüber Deutschland behaupten zu können, zur Deckung der enorm steigenden Marineauslagen schließlich doch, also hauptsächlich aus fiskalischen Gründen, Zölle einführen müssen; diese aber würde die deutsche Milliardenausfuhr nach England schwer treffen, eine Ausfuhr, zu deren Schutz und Entwicklung eben jene deutschen Flottenausgaben dienen sollten, welche zu den stärkeren Flottenbauten Englands führten.*)

Ebenso unrichtig ist der häufige Hinweis darauf, daß der »Handel der Flagge folge« (z. B. »Reichspost«, 10. Februar 1911); darunter versteht man nämlich nicht die Kriegs-, sondern die Handelsflagge. Die Parömie will sagen: je größer die eigene Handelsmarine, desto mehr Außenhandel, desto mehr Ausfuhr wird von ihr und nicht von fremder Marine besorgt, desto mehr Chancen hat unsere Ausfuhr.

Wenn unsere Ausfuhr sich so bescheiden entwickelt, namentlich auch in unserem natürlichen Absatzgebiete, auf dem Balkan und in der Levante, so ist daran nicht die zu geringe Entwicklung unserer Marine schuld, sondern unsere ganz und gar verfehlte Handelspolitik. Die Tabelle 23 zeigt, daß unsere Ausfuhr in die Balkanstaaten und nach Ägypten in der Zeit von 1907 und 1908 um nicht weniger als 70 Millionen Kronen zurückging. Dieser Ausfall hängt mit politischen Ursachen (Annexionskrise, dem serbischen Konflikte, Boykott) zusammen, aber die Hauptursache ist unsere ganz und gar verfehlte Handelspolitik, welche bewirkt, daß wir unsere natürlichen Absatzmärkte verlieren, um dafür den großen Vorteil einzutauschen — unter hohen Lebensmittelzöllen und Grenzabsperren einer immer größer werdenden Teuerung ausgesetzt zu sein. . . .

Viel wichtiger als die Stärkung der Kriegsflotte wäre es, wenn man an die Verbesserung unserer Handelsmarine dächte, um eine Reihe von Reformen durchzuführen, die erst kürzlich ein (als allerdings eminenter Rüstungsfreund bekannter) Fachmann, Vizeadmiral Chiari (Vortrag

*) Einen zum Überdrusse oft wiederholten Satz variierend, könnte man daher sagen: si vis commercium, para pacem . . .

im österreichischen Flottenverein am 30. November 1910) auseinandersetzte: Bessere Fürsorge für die Seeleute und damit auch für die Sicherung und Überwachung der Schiffe; staatliche Besichtigung aller Schiffe wie in anderen Staaten (bei uns werden nicht einmal die Auswandererschiffe regelmäßig untersucht); Vorschriften gegen die Überladung der Schiffe (Freibordregeln); Reform des Lotsenwesens in den Küsten und Hafenplätzen; Erlassung einer neuen zeitgemäßen Seemannsordnung u. a. m. Wenn diese und andere Reformen durchgeführt würden, wenn ferner die ja erfreulicherweise sich zeigende kommerzielle, großzügige Schiffahrtspolitik weitere Fortschritte macht, werden wir uns auch von der fremden Schiffahrt, die unserer Ausfuhr so schädlich ist, emanzipieren, gleichgültig wie stark die Kriegsflotte ist.

Vielleicht ein noch geringerer Zusammenhang als zwischen Rüstungen und Außenhandel besteht zwischen Rüstungen und unseren Staatsangehörigen im Auslande. Es ist auffallend, daß man sich bei der Vorlage eines Flottenbauprogrammes wieder einmal der auswärtigen Staatsangehörigen erinnert, die infolge so mancher Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse jährlich zu Hunderttausenden unser Vaterland verlassen.

In den ungarischen Delegationen wurde darauf hingewiesen, daß nur wenige ungarische Orte ihre Bevölkerung vermehrt, viele Gegenden aber vermindert hätten . . . In Ungarn und in Österreich klagen Fachleute darüber, daß, wenn Aus- und Abwanderung weiter die gleiche Größe aufweisen sollten, der Bauer bald nicht mehr den Acker bestellen und sein Vieh werde betreuen können.*) . . . Aber wir treiben zur Überrüstung und würden dadurch auch dann den Staat »schützen« wollen, wenn er nur mehr aus — dem Territorium und keinen Menschen besteht, die es bebauen und dort wirtschaften . . .

Insofern es sich um die wenigen nationalen Kaufleute handelt, die wir im Auslande tätig haben, so wird deren Position durch die Vermehrung der Flotte gewiß in keiner Weise gekräftigt oder überhaupt geändert. Was vernünftigerweise anzustreben wäre, ist vielmehr: Die Zahl der österreichischen Kaufleute im Auslande wesentlich zu vermehren, Überseebanken zu gründen, Auslandsinvestitionen zu machen — alles Dinge, zu welchen man offenbar kein einziges »Schlachtschiff«, nicht einmal ein Unterseeboot benötigt.

*) Vgl. den Bericht des Subkomitees des Sozialpolitischen Ausschusses über die Errichtung einer »Zentralstelle für eine ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege«, 28. Jänner 1911.

Was die Ausgewanderten betrifft und deren mitunter sehr trauriges Schicksal, so wird auch daran durch die Flotte nichts geändert werden. Oder glaubt man, daß, um ein wichtiges Beispiel herauszugreifen, die Schadenersatzansprüche der Österreicher und Ungarn, welche in den Stahlwerken von Pittsburg arbeiten, bei Verletzungen und Todesfällen rascher zu einem Erfolge führen werden, wenn man ein Kriegsschiff an die Küste der Vereinigten Staaten entsendet?

Also auch der Hinweis auf unsere Angehörigen im Auslande ist durchaus unstichhaltig.

c) Das militärische Argument der Friedensassekuranz.

α) Die »Versicherungsprämie«.

Zum Schlusse muß dasjenige Argument — obwohl nicht mehr unmittelbar volkswirtschaftlicher Natur — besprochen werden, welches trotz aller vorgeschobenen wirtschaftlichen Argumente (captatio benevolentiae) letzten Endes denn doch bei den Rüstungsforderungen stets das ausschlaggebende Argument ist: der Hinweis auf die militärische Notwendigkeit der Rüstungen für die Sicherung des Landes, seiner idealen und wirtschaftlichen Güter gegen eventuelle Angriffe, kurz die sogenannte Versicherung gegen den Krieg überhaupt und gegen die aus einem Kriege zu gewärtigenden großen Schäden. Der Marinekommandant drückte sich sehr bezeichnend folgendermaßen aus: »Eine Flotte, wie groß sie auch sei, ist niemals so teuer wie ein Krieg; die beste Sicherung gegen Krieg ist eine entsprechende Wehrmacht«.

In der alten Militärischen Zeitschrift Streffleurs (Jänner 1911) wurde sogar versucht, eine Berechnung darüber aufzustellen, wie hoch die Versicherungsprämie sei, die die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft in der Form der Rüstungsauslagen zu entrichten habe.

Diese Zeitschrift nahm zur Grundlage die Kosten der letzten Kriege und berechnete, daß ein Krieg pro Tag und Mann 8 K kosten werde. Der Herr Landesverteidigungsminister gelangte bei einer anderen Gelegenheit zu einem Betrage von 12 K, andere wieder zu anderen Beträgen.*)

Man versucht nun, die direkten und indirekten Schäden des Krieges zu berechnen, und zwar auf Grund der Schätzungen früherer Kriege und stellt diesen Beträgen

*) Vgl. insbesondere Charles Richet, »Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens«. Leipzig 1909, S. 49 ff.

meist nur die direkten Rüstungsauslagen gegenüber, nicht auch die übrigen volkswirtschaftlich nachteiligen Folgen der Rüstungen, wie insbesondere die enormen jährlichen Schuldzinsen, die ja direkt oder indirekt auf die Rüstungen zurückzuführen sind, und den Verlust, welchen die produktive Volkswirtschaft durch die aktiv Dienenden jährlich erleidet.

In der Tabelle 24 ist der Versuch gemacht worden, mit Benützung der gewiß einwandfreien Ziffern, welche die Streffleursche Zeitschrift bringt, unsere Versicherungsprämie zu berechnen. Wir gelangen hierbei zu dem respektablen Prämiensatze von rund 13 Prozent.

Nun stimmt aber die Rechnung deshalb nicht, weil die Rüstungen gar keine Versicherung im wirtschaftlichen Sinne darstellen, und zwar aus mehrfachen Gründen: keine vorausbestimmte Schadenssumme, auch niemals genau zu erheben — sie wird überhaupt nicht erhoben; die Prämie wird vielmehr darnach bestimmt, was die Nachbarn für diese Versicherung zahlen. Der Versicherer wäre hier dieselbe Person wie derjenige, von dem der Eintritt des schädigenden Ereignisses, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, abhängt: nämlich die Regierung. Ferner würde hier die merkwürdige Tatsache gelten, daß je höher die Prämie ist, desto unwahrscheinlicher der Eintritt des Schadens wird, was jedem versicherungsmathematischen Grundsatze offenbar widerspricht. Allerdings muß man einräumen, daß, weil die Staaten diese Versicherungsprämie, d. h. die Rüstungsauslagen beständig erhöhen, auch die Kriegsgefahr bestehen bleibt und unter Umständen sogar größer werden kann, als wenn ein Rüstungsstillstand einträte.

Es handelt sich hier um eine Art wechselseitige Versicherungsgesellschaft der Kriegsverwaltungen, und zwar ohne jede Konkurrenz, gegen die Gefahr des räuberischen Überfalles, des sich gegenseitigen Bekriegens, eigentlich eine Einbruchversicherung! Da aber diese Versicherungsgesellschaft, wie erwähnt, vollständig monopolistisch vorgeht, kann sie auch beliebig hohe Prämien erstellen, vorausgesetzt, daß der Versicherungsnehmer, die Volkswirtschaft, noch in der Lage ist, diese Prämien zu bezahlen.

Eines ist hierbei zu beachten: Durch dieses wechselseitige Versicherungsgeschäft gelangen die Staatsfinanzen der einzelnen Staaten in immer größere Abhängigkeit voneinander; die althergebrachten, aus Anschauungen früherer Jahrhunderte stammenden Begriffe der »Staatshoheit« und »Souveränität« drohen ihren reellen Inhalt vollständig zu verlieren, denn wenn ich in den wichtigsten Belangen, in den Ausgaben für den Schutz

meiner Existenz gegen Vernichtung oder Schädigung davon abhängig bin, wie viel mein Nachbar für dieselbe Schadensgefahr ausgibt, und umgekehrt wieder der Nachbar von mir, so ist das doch eine starke deminutio capitis und von der vielgerühmten Souveränität bleibt herzlich wenig übrig.

Bei einem gewöhnlichen Versicherungsvertrage ist der Schaden entweder von vornherein ziffermäßig fixiert oder wird ersetzt wenigstens insoweit er nachweisbar ist. Hier aber fehlen alle diese Kautelen für den Versicherungsnehmer, ja es ist überhaupt höchst zweifelhaft, ob der Schaden jemals ersetzt wird oder ersetzt werden kann. Die Prämie kann daher niemals volkswirtschaftlich berechnet werden, sondern aleatorisch, je nachdem, was die Nachbarn für die ähnliche Schadensgefahr zahlen.

Und wenn man von der Versicherung gegen Kriege überhaupt spricht, also eine Schadens v e r h ü t u n g meint, so müßte man denn doch, sofern die Rüstungspolitiker überhaupt geneigt sind, die Angelegenheit v o l k s w i r t s c h a f t l i c h zu betrachten, nach einem allgemein anerkannten volkswirtschaftlichen Gesetze — Erreichung eines wirtschaftlichen Zweckes mit dem möglichst geringen Aufwande an Mühe und Geld — zu dem e i n z i g v e r n ü n f t i g e n Auswege gelangen: an Stelle des früher erwähnten wechselseitigen, höchst kostspieligen Versicherungsvertrages einen ganz anderen Vertrag zu setzen, ein K a r t e l l zu vereinbaren, nämlich die schon mehrmals erwähnte Vereinbarung über den Stillstand der Rüstungen und das obligatorische internationale Schiedsgericht.

* *
*

β) Eigene Mängel der Rüstungen.

Angenommen, jedoch nicht zugegeben, daß die Rüstungen die erwähnten wirtschaftlichen und politischen Vorteile mit sich brächten, muß doch vor allem anderen die Frage aufgeworfen werden, o b d e n R ü s t u n g e n u n d d e m i h n e n z u g r u n d e l i e g e n d e n P r i n z i p e n i c h t a n u n d f ü r s i c h s o l c h e M ä n g e l a n h a f t e n, daß wir vor einem in vieler Hinsicht untauglichen Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele stehen.

Ein Beispiel möge diese Bedenken erläutern. Nach dem Vorgange Englands und anderer Staaten soll nunmehr auch Österreich-Ungarn die modernen Riesenschlachtschiffe, die D r e a d n o u g h t s, erhalten (England dürfte mit den Dramen Shakespeares und mit der Erfindung der Dampfmaschine der Welt wohl größere Dienste geleistet

haben als mit der Inbetriebsetzung der Dreadnoughts). Sind aber diese Schiffe wirklich geeignet, die ihnen zugedachten Zwecke zu erfüllen? Allerdings: Ebenso wie man in offenbarer Kenntnis der »unpatriotischen« Abneigung des Volkes gegen die neuen Rüstungen die ganze Wahrheit darüber nur sehr vorsichtig und etappenweise bekannt machte, versuchte man auch durch »populäre« Darstellungen von der Größe und Pracht der Dreadnoughts die Stimmung vorzubereiten. Eine besonders schwungvolle Beschreibung dieser »Leviathans«, zur Verteidigung des Vaterlandes (gegen wen?) gewidmet, konnte man z. B. in der »Zeit« vom 15. Jänner 1911 lesen; dort hieß es u. a.: »Auf einen Tasterdruck hin speit dieser Höllenschlund (!) mit 52 Feuerläufen eine Geschoßmasse von 7000 kg gegen den Feind, welches Feuerwerk (!) er 150mal wiederholen kann.« Nur die Kosten dieses Speiens werden verschwiegen.

Nun ist in der Prosa doch so manches an diesen »ungeheuren Stahlmassen« ganz anders als officiosus es sich ausmalt. Selbst der Berichterstatter der österreichischen Delegation, Dr. Schlegel, erwähnt ausdrücklich die »bösen Erfahrungen«, die man jüngst in Italien mit dem Schlachtschiffe Dante Aleghieri (allzu große Schwere, daher zu große Tauchung und verminderte Geschwindigkeit) machte, ferner die Schwierigkeiten, welche Frankreich und England bei den ersten Dreadnoughts hatten. Ein Marinefachmann bemerkt in der »Österreichischen Rundschau«, einem entschieden rüstungsfreundlichen Blatte, »daß diejenige Macht, welche zuerst solche monströse Erhöhungen der offensiven und defensiven Kraft des Schiffes vornimmt, zwar für kurze Zeit ein absolutes Übergewicht über die anderen besitzt, daß aber die anderen Mächte auf diesem Wege folgen und dieses Übergewicht sehr bald verloren geht.« Der jetzige Marinekommandant erzählte in der ungarischen Delegation, daß er vor fünf Jahren für die Panzerkreuzer eingetreten sei, während er schon in den nächsten Delegationssitzungen (1907) anerkennen mußte, daß solche Kreuzer dermalen für uns überflüssig seien und nur für große Marinen gelten, welche Ozeane zu bebeherrschen hätten. Wenn wir aber damals 200 oder 300 Millionen Kronen für solche überflüssige Panzerkreuzer bewilligt hätten? Und wie, wenn in zwei, drei Jahren die Dreadnoughts sich als überflüssig oder unzweckmäßig herausstellen sollten, zumal diese Überflüssigkeit nicht etwa von einem Laien, sondern von einem jedenfalls sehr erfahrenen, alten Seemann, dem Marinekommandanten selbst, zugegeben wurde: »Niemand kann voraussagen, ob die Unerläßlichkeit des Dreadnoughtstypus

in einem folgenden Kriege zweier Großmächte nicht wieder eine gründliche Korrektur erfahren werde.«

Ein hoher Marineoffizier bespricht in der »Österreichischen Rundschau« (vom 1. Februar 1911) die fachlichen Einwendungen gegen die Dreadnoughts: Schwierige Ausnützung der stark konzentrierten Artilleriekraft, Zweifel über die taktische Verwertung einer numerisch bescheidenen Schiffszahl, die als ziemlich kompakte Scheibe alle feindlichen Zielpunkte in sich vereinigen muß; Schwierigkeiten der Navigation in beengten oder seichten Gewässern; unzureichende Eindockungsgelegenheiten; Bemannungserschwerungen etc. Dieser Fachmann widerlegt diese Bedenken sehr leichten Herzens und bemerkt schießlich, daß darüber, was eine Flotte an Neubauten benötigt, selbst der skeptischeste Steuerzahler sich nicht den Kopf zu zerbrechen brauche, denn für die maritimen Aufgaben sorgen erfahrene Männer vom Fach. (Welche präzise Antworten von diesen Fachleuten dem neugierigen Steuerzahler gegeben werden, beweist das soeben Mitgeteilte.) Der Einzelne sollte unter dem Einflusse seiner patriotischen Schaffensfreude mithelfen, an der Flottenpropaganda teilzunehmen u. s. w. — billige argumenta ad hominem, aber kein Beweis gegen den zweifelhaften Wert der neuen Riesenschiffe!

Ein deutscher Fachmann teilte kürzlich mit (»Frankfurter Zeitung« vom 23. Jänner 1911), daß die neuen englischen Dreadnoughts, die nicht mehr bloß 20.000, sondern schon 26.000 t Deplacement haben, die Navigierung derart erschweren, daß sie ebenso wie schon die älteren und noch kleineren Dreadnoughts überhaupt, in die engen, gefährlichen und nicht genügend tiefen dänischen Meerengen nicht einfahren können. Die Fahrwasserbreite jener Debouchés ist stellenweise so gering, daß sie gegen eine überlegene Flotte, selbst von einer sogenannten »inferioren«, mit vollem Erfolge gesperrt werden können, mit anderen Worten, die auf die Dreadnoughts gestützte englische Flotte kann nicht mehr in die Gewässer der Ostsee dringen, die deutsche Flotte ist daher der Verteidigung dieses Meeres entledigt und hat infolgedessen eine stärkere Position in der Nordsee.

Auf eine (offenbar nur laienhafte) Anfrage eines Delegierten erklärte der Marinekommandant, daß die Dreadnoughts mit 20.000 t Deplacements durchaus genügen, daß auch die Bestückung mit 30 cm-Geschützen entspreche und die in anderen Staaten geplanten oder schon gebauten größeren Schiffe mit stärkeren Geschützen keine wesentliche Überlegenheit hätten. Trotzdem wurde nach dem Bekanntwerden des neuen Flottenbauprogrammes in

Depeschen aus Rom gemeldet, daß die neuen italienischen Dreadnoughts, deren Bau 1913 begonnen werden soll, 25.000 t Deplacement haben und tatsächlich 16 Stück 34·5 cm-Turmgeschütze aufweisen werden. Die Kosten eines Schiffes sollen 80 Millionen Lire betragen. Der italienische Voranschlag für 1911/1912 ende mit einem bedeutenden Überschusse, die neuen Steuergesetze hätten eine günstige Wirkung auf die Staatskassa geübt und die finanzielle Durchführung des Bauprogrammes sei außer Zweifel. Und kürzlich (11. Februar 1911) meldeten Depeschen aus Paris, daß auch die französische Regierung beabsichtige, mehrere solcher »Über-Dreadnoughts« zu bauen. . . .

Unsere neuen Dreadnoughts werden also, fast bevor sie fertiggestellt sind, wenigstens in bezug auf die äußeren Merkmale, von den Schiffen anderer Staaten überholt sein. Aus dem Gesagten zeigt sich jedenfalls, daß die Volksvertretung nicht die geringste Bürgschaft dafür erhalten hat, daß die mit so großen Kosten verbundenen neuen Flottenbauten auch wirklich die oft versprochene Sicherung gegen die Überlegenheit anderer Flotten bieten. In der Entwicklung des Schiffsbaues liegt es, daß eine solche Sicherung eben niemals gegeben werden kann, also: trotz ständig steigender Ausgaben niemals die feierlichst versprochene Sicherung! Die einzig logische Konsequenz dieser Tatsache wäre es daher, daß die Volksvertreter aller Staaten einmütig von den Regierungen verlangen, einen Stillstand der Rüstungen eintreten zu lassen, sich mit den bisherigen Rüstungsbehelfen zu begnügen und internationale Konflikte durch Schiedsspruch zu erledigen.

Das Gesagte gilt aber nicht bloß von der Überlegenheit eines Staates in maritimer Hinsicht, sondern auch von seiner Prävalenz in bezug auf die Landmacht. Ein merkwürdiges Zeugnis, auf welch zweifelhaften Voraussetzungen die sogenannte Schlagfertigkeit einer Armee beruht, liefert ein durchaus rüstungsfreundliches Blatt, die »Danzersche Armeezeitung«, in der Besprechung eines Buches über die »Reformbedürftigkeit der deutschen Militärverwaltung« (Leipzig 1910) von einem Fachmanne, dem deutschen Ober-Militärintendanturrate O. Stegemann. Er sagt dort von der Militärverwaltung: »Mit dem ersten Mobilisierungstage ändert sich die ganze Organisation: zahlreiche neue Behörden; überall ungeschultes Personal; andere Reglements; die Beamten, welche in einer langen Friedenszeit zur denkbar größten Unselbständigkeit erzogen wurden, durch dauernde Bevormundung und Beargwöhnung, durch einen Bureaukratismus, der durch eingehendste formale Bestimmungen und kleinlichste

Vorschriften jeden Federstrich regelt, ohne Selbstvertrauen und Initiative durch geradezu krankhafte Geheimhaltung selbst der unwichtigsten, für den Krieg getroffenen Vorbereitungen, ohne jede Kenntnis der geplanten Kriegsgliederung, der Verwaltung im Kriege, der Bedürfnisse der Truppen, der ihnen selbst zufallenden Aufgaben — diese Beamten sollen plötzlich und unvermittelt alle neuen Reglements beherrschen, die neuen Organisationen und die Bedürfnisse der so wesentlich verstärkten Truppen kennen, in jedem Falle Selbständigkeit und Initiative entwickeln.«

Ein solches Urteil über eine der mächtigsten Organisationen der Welt, noch dazu über eine so teure Organisation wie die deutsche Armee! Der Autor macht dann interessante Mitteilungen darüber, wie man — in der Verwaltung sehr bedeutende Ersparnisse, die viele Millionen Mark betragen, erzielen könnte. In »Danzers Armeezeitung« vom 26. Jänner 1911 wird etwas verschämt gesagt: »Viele der vorgebrachten Ansichten werden auch auf andere Verhältnisse vollständig passen«. . . .

* * *

Der imanente strategische Wert der Rüstungen schrumpft aber auch noch aus einer anderen Ursache beständig auf ein bescheidenes Maß zusammen. Selbst wenn die militärischen Maßnahmen in technischer Hinsicht vollständig einwandfrei wären, selbst wenn die geschilderten zahlreichen wirtschaftlichen Mängel sich nicht einstellten, so ergibt sich, daß die sehr wertvollen sogenannten »militärischen Geheimnisse« jahraus jahrein den »Fachleuten« der einen oder der anderen »fremden Macht« — zur Kenntnis gelangen.

So wurde z. B. im Mai v. J. aus Petersburg depeschiert, daß »zum großen Erstaunen der militärischen Kreise« in einer englischen technischen Zeitschrift die geheimsten Pläne und Zeichnungen der russischen Schiffsbauten erschienen, die nicht einmal der Landesverteidigungskommission anvertraut worden sind. Mit einem Schlage war das eine Vernichtung von mehreren Millionen Rubel.

Gelegentlich eines Besuches in der bekannten Torpedofabrik Whitehead bei Fiume bemerkte ich neben österreichischen und ungarischen Kommissären auch holländische, japanische, französische Fachleute. Auf die Frage an den führenden Techniker, wie es sich bei diesem Nebeneinander der Fachleute verschiedener Marineverwaltungen mit dem militärischen Geheimnisse verhalte, machte er eine stumme, aber sehr bezeichnende Geste, welche die höchste Geringschätzung auf diesem Gebiete andeutete.

Gute Kenner der Verhältnisse versicherten mir, daß die so teuren fortifikatorischen Arbeiten an der tirolisch-italienischen Grenze jederzeit in der Kenntnis der beiderseitigen Militärverwaltungen sind, und daß somit ihr faktischer Wert gewiß um ein Vielfaches geringer veranschlagt werden muß als die enormen Beträge, die für diese Bauten ausgegeben werden.

Noch eine den militärischen Wert der Rüstungen schmälernde Tatsache verdient Erwähnung. In fast allen Staaten kommt es vor, daß Rüstungsmaterialien minderwertig hergestellt oder geliefert werden. So wurde z. B. vor einigen Jahren über den geringen Wert der von einer ungarischen Fabrik gelieferten Patronen Klage geführt. In der jetzt tagenden Delegation wurden Bedenken darüber geäußert, ob Gewähr dafür bestehe, daß das auf einer ungarischen Werft zu bauende Riesenschlachtschiff in jeder Hinsicht einwandfrei herzustellen sein werde. Von Fachleuten erfährt man, daß das österreichische (rauchschwache) Pulver weit schlechter sei als ausländische Fabrikate; diese ergeben eine Anfangsgeschwindigkeit von 1000 m und hätten nur schwachen Gasdruck, bei jenem (dem österreichischen) sei die Anfangsgeschwindigkeit nur 600 m und es zeige sich starker Gasdruck. Als Ursache dieses Mangels gilt der auch in militaribus eingebürgerte Bureaukratismus, indem zur Leitung der Pulverfabriken nicht etwa modern gebildete chemisch-technische Fachleute, sondern unbedingt Offiziere berufen werden, wenn sie nur irgend einmal einen Feuerwerkerkurs besucht haben.

* *
*

Man hat auch mehrseitig auf die Notwendigkeit unserer Küstenverteidigung hingewiesen, namentlich mit Rücksicht darauf, daß diese Küste jetzt durch Bosnien ein größeres Hinterland gewonnen habe (allerdings nur staatsrechtlich, denn das Hinterland war wirtschaftlich früher dasselbe). Hier ist zunächst einzuwenden, daß die Marinerüstung eines Landes doch in einem Verhältnisse zu seiner Küstenentwicklung stehen muß; daher ist z. B. Italien oder Frankreich mit einer viermal so langen Küste als die Österreich-Ungarns von vornherein auf eine größere maritime Streitmacht angewiesen.

Die dalmatinische Küste, sagt man, biete aber eine sehr günstige Operationsbasis für feindliche Truppen u. dgl. m. Wer Dalmatien und Bosnien kennt, wird diese Behauptung als aus der Luft gegriffen bezeichnen müssen.

Wohl könnten fremde Schiffe an der Küste landen, insoweit die bescheidenen Hafenverhältnisse es zulassen, aber schon die Verpflegung, die Unterkunft und gar der Transport der Truppen würden auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen, weil ja alle diese wirtschaftlichen Funktionen nicht einmal derzeit für eine größere Masse einheimischer Truppen in hinlänglicher Weise zur Verfügung stehen. Die traurige Rückständigkeit Dalmatiens auf volkswirtschaftlichem und verkehrspolitischem Gebiete ist ja hinlänglich bekannt, und die großen Anläufe, welche die Regierung mehrmals nahm, um hier Wandel zu schaffen, scheinen sich immer und immer wieder in kleine Maßnahmen zu verlieren; der Ausbau der Bahnen stockt, und zwar hauptsächlich aus politischen Gründen. Man weiß ja, daß Dalmatien staatsrechtlich Bestandteil der ungarischen Krone ist, verwaltungsrechtlich jedoch zu Österreich gehört. So mag es sich erklären, daß alle feierlichst verkündigten Anläufe der österreichischen Regierung, Dalmatiens Volkswirtschaft, Fremdenverkehr u. s. w. zu »heben«, sehr bald im Sande verlaufen, trotz all der Studienreisen und Berichte. »Dorns Volkswirtschaftliche Wochenschrift« (vom 6. Februar 1911) teilt z. B. mit, daß der geplante Bau großer moderner Hotels auf finanzielle Schwierigkeiten gestoßen sei (Die Dreadnoughts aber wahrscheinlich nicht!) und man darangehen wolle — kleinere Gastwirtschaften zu errichten. . . .

Doch kommen — abgesehen von der wirtschaftlich geringen Möglichkeit, unsere Küste als militärische Operationsbasis zu benützen — auch strategische Gründe in Betracht, welche die Notwendigkeit einer Schlachtschifflotte stark in Zweifel stellen und, falls man eben nicht aus bloßer Imitationslust und den Epitheta »Großmacht«, »Seegeltung« u. dgl. zuliebe anderer Meinung ist, die Beschränkung auf eine wirklich nur zur Verteidigung dienende, aus kleineren Fahrzeugen bestehende Flotte diktieren.

4. Die Kulturdefizite — eine Folge der Rüstungsauslagen.

Selbst wenn man den Rüstungen den einen oder anderen wirtschaftlichen Vorteil zugesteht, so ergibt sich gleichwohl, daß fast alle Staaten, selbst die ältesten Kulturstaaten, infolge der enormen Rüstungslasten wichtige kulturelle, soziale und wirtschaftliche Aufgaben nicht oder nur in sehr unzulänglicher Weise erfüllen können; das ist ein nicht

hinwegzuleugnender großer wirtschaftlicher und sozialer Schaden der Rüstungen. Es ist hier gewiß nicht der Ort, ausführlich zu schildern, was in den einzelnen Ländern noch vorzukehren wäre, wofür man in den einzelnen Ländern niemals Geld oder nicht genügend Geld zur Verfügung hat. Es darf hier kein Land das andere beneiden — alle hätten, statt ins Uferlose weiter zu rüsten, ernste und wichtige innere Aufgaben zu erfüllen.

Oder ist es vielleicht eine gesunde Finanzwirtschaft, wenn das arme Spanien (mit ca. 20 Millionen Einwohnern) für Krieg und Marine allein gegen 200 Millionen Francs ausgibt und auf der anderen Seite aus der Grundsteuer allein diese 200 Millionen zieht, aus den Zöllen 150 Millionen und einen Reingewinn aus der Lotterie von 40 Millionen nimmt, dabei Staatsschulden von nahezu 10 Milliarden Francs jährlich zu verzinsen hat? Was wäre auf dem Gebiete der allgemeinen und fachlichen Bildung, der Aufforstung, der besseren Bodenbebauung und wirtschaftlichen Ausnützung der Bodenschätze in diesem, von der Natur so sehr gesegneten Lande noch vorzukehren! Unsere Konsulatsberichte geben häufig Schilderungen von dem, was hier an wirtschaftlicher Arbeit zu tun wäre.

Aber auch ein reiches Land, wie die große Nordamerikanische Union: welche sozialen Übelstände, welche relativ große Armut in der reichen Millionenstadt New-York, welche fürchterliche Not infolge der je nach den wirtschaftlichen Krisen eintretenden bedeutenden Arbeitslosigkeit! Und erst der wirtschaftliche Raubbau in bezug auf die Naturschätze! Präsident Roosevelt wollte ja eine internationale Regelung dieser höchst wichtigen Frage herbeiführen.

Oder in einem unserer Nachbarlande, in dem ebenfalls durch Rüstungsauslagen stark belasteten Rumänien. Erst jetzt will man darangehen, das ca. 1 Million Hektar umfassende Überschwemmungsgebiet der Donau urbar zu machen, ein Werk, welches, wie die Regierung berechnete, dem Lande jährlich 20 Millionen Francs Einkommen brächte.*)

Von einem anderen Nachbarlande, dem großen nordischen Kolosse, will ich lieber nicht reden, denn hier gäbe es der Reformen wohl allzu viele. Um nur eines zu erwähnen: Ist es auf die Dauer notwendig, daß das Schreckgespenst Europas, die Cholera jährlich in Rußland ihre Einkehr halten muß und als die in Rußland naturalisierte Krankheit bezeichnet wird? Daß in Rußland im Jahre 1910 wieder gegen eine Viertelmillion Menschen an

*) Vgl. »Österr. Volkswirt«, 28. Jänner 1911.

dieser schrecklichen Krankheit litten, wovon etwa die Hälfte ihre Opfer wurden?

Soll man etwa an die auf Dezennien hinaus zu berechnenden Kulturarbeiten denken, welche England in Indien, ferner Rußland und China angesichts der eben jetzt herrschenden fürchterlichen Pestepidemie in der Mandschurei noch vorzukehren hätte? Wäre es nicht für die Menschheit vorteilhafter, wenn die europäischen Staaten statt Instruktionsgenerale, Instruktionsärzte nach China geschickt hätten?

Die Tabelle 25 zeigt z. B, daß die Bevölkerung Indiens sich infolge der ungemein zahlreichen Todesfälle überhaupt nicht vermehrt, ja in einzelnen Jahren sogar sich ein Minus gegenüber den Geburten ergibt, da dort die Pest jährlich Hunderttausende von Menschen dahinrafft; in das Budget muß eine regelmäßige Post zur Linderung der Hungersnot (15 bis 20 Millionen Mark jährlich) eingestellt werden. Ist das eines Kulturstaates würdig?

Aus einer anderen Tabelle (26), welche wichtige statistische Vergleiche bringt, ersieht man, wie groß die Opfer sind, welche die Tuberkulose in den meisten Ländern, namentlich aber in Österreich und Ungarn jährlich fordert, wie groß die Kindersterblichkeit und die allgemeine Sterblichkeit in einzelnen Ländern noch ist! Wie viel Kulturarbeit und mit welch bedeutenden Mitteln wäre hier noch zu leisten! Angesichts der im Vergleiche zu unserer Tuberkulosenquote nicht sehr hohen Ziffer von ca. 72.000 Todesfällen in Frankreich ruft ein dortiger Schriftsteller (Dr. Bertillon) aus: »Quel est le sanatorium, qui peut faire espérer l'économie de ces vies humaines?«

Und wäre es für unsere Kultur nicht vielleicht vorteilhafter, statt in den Gymnasien den Schießunterricht einzuführen, für eine wenigstens sukzessive Herabminderung der schrecklich hohen Quote der Analphabeten zu sorgen?

Ist es mit unserem modernen Kulturempfinden vereinbarlich, daß in den Großstädten sich Ereignisse, wie der Skandal in Moabit oder die Londoner »Anarchistenbelagerung« abspielen? Daß in Österreich gegen einen Landarzt, der nur seine Pflicht erfüllt, ein Haberfeldtreiben eröffnet wird, das den Armen in den Tod jagt? Oder daß in der österreichischen Reichshauptstadt seit Jahren eine Spitalnot herrscht, d. h. eine stärkere Nachfrage armer Kranker nach Betten, als deren vorhanden sind (»Überbelag«)? Und ist

es in Ordnung, daß viele humanitäre und Wohlfahrtseinrichtungen nur dank der unausgesetzten Bemühung einzelner edelmütiger Menschen geschaffen werden, während gerade hier dem Staate, wenn anders er Kulturstaat sein will, eine Fülle von Aufgaben zusteht!

In anderen Ländern wiederum nimmt die Auswanderung solche Dimensionen an, daß man schon von einer volkswirtschaftlichen Krankheit sprechen kann. Dies gilt wohl derzeit auch schon von unserem südwestlichen Nachbarlande Italien. (Vgl. Tabelle 27.) Weite Gebiete dieses Landes bleiben unbebaut, und wenn auch die Auswanderer zum Teile Rücksendungen machen und zum anderen Teile zurückkehren, so bringen sie in die Heimat auch Tuberkulose, Alkoholismus und noch schrecklichere Krankheiten mit.

Abschließend sei hier auf Tabelle 28 hingewiesen, welche dartut, wie beschämend gering die Ausgaben der sogenannten Kulturstaaten für Wohlfahrtszwecke im Vergleiche zu ihren Rüstungsauslagen sind! In der Tat, wir haben noch lange kein Gemeinwesen, welche das Ehrenwort »Kultur- oder Wohlfahrtsstaat« führen dürfte; wir leben noch immer in der Zeit des Militär- und Beamtenstaates . . .

5. Ergebnis: Rüstungsübereinkommen und internationales Schiedsgericht.

Indem wir die Ergebnisse unserer Untersuchungen zusammenfassen und zu dem vom Standpunkte jeder Volkswirtschaft und der Finanzen aller Staaten einzig möglichen und vernünftigen Auswege gelangen: Vereinbarung über den Rüstungsstillstand und internationale Schiedsgerichtsbarkeit, obliegt uns doch die Pflicht, diese Schlußforderung, welche ja volkswirtschaftlich und staatsfinanziell hinlänglich bewiesen wurde, auch vom Standpunkte des Rechtes und des modernen Kulturempfindens, wenn auch nur in aller Kürze, zu begründen.

Wir dürfen dies umsomehr, als die hier aufgeworfene große internationale Frage auch in Delegationen ernsthaft besprochen wurde. Nachdem A. H. Fried in einem überzeugend geschriebenen Aufsatze »Dreadnoughts — und ein Ende!« (»Neue Freie Presse« vom 27. Jänner 1911) der Delegation den Rat gegeben hatte, wenigstens dieses Minimum zugunsten des Rüstungsstillstandes zu tun,

stellte Geheimer Rat Sektionschef Exner an den Minister des Auswärtigen die Anfrage, wie die gemeinsame Regierung sich zur Einladung des amerikanischen Bundespräsidenten Taft, betreffend die Bestellung einer Kommission zur Beratung über die Rüstungsfrage, zu verhalten gedenke. Der Minister antwortete, daß er die Haltung der übrigen Mächte vorerst erkunden wolle, sagte jedoch ausdrücklich, daß in »Würdigung der durch jene Aktion Amerikas angestrebten hohen Ziele alle Bestrebungen, welche auf die Verminderung der immer steigenden, auf den Völkern Europas schwer lastenden Rüstungsauslagen gerichtet sind, gewiß die allgemeine Sympathie verdienen.«

Delegierte der verschiedensten politischen Parteien, neben den sozialdemokratischen auch solche der großen bürgerlichen Parteien, wie die Herren Markhl, Doktor Geßmann, v. Kozłowski, haben ausdrücklich von der Notwendigkeit eines Übereinkommens über die Einschränkung oder den Stillstand der Rüstungen gesprochen. Dr. Geßmann im besonderen drückte den Wunsch aus, daß unser Bündnis mit Italien sich nicht nur im Bau von Dreadnoughts und neuen Grenzbefestigungen äußern, sondern auch zur Abrüstung und so zur Erleichterung der Lasten für die Bevölkerung führen möge. Auch die übrigen Redner betonten ausdrücklich die volkswirtschaftlich und staatsfinanziell geradezu ruinösen Wirkungen des schier unendlichen Wettrüstens. Der Delegierte Dobernig bestritt zwar nicht die Notwendigkeit des Ausbaues der Flotte, sagte jedoch, daß er sich mit der Idee der Abrüstung der Landheere eher befreunden könne.

Und in der Tat: Diese immer häufiger und auch nunmehr schon offiziell zugestandene elementarste Notwendigkeit der Staaten, zu einem Übereinkommen über die Rüstungen zu gelangen, ist die Signatur der gegenwärtigen internationalen Politik. Das Axiom der alten Politik, das Festhalten an der herkömmlichen Form zur Austragung der Streitigkeiten, der auch hier widerlegte Aberglaube, daß die wirtschaftlichen Erfolge eines Landes von seiner politischen oder militärischen Macht abhingen, alle diese Auffassungen zeigen sich als immer weniger begründet und müssen durch die Änderungen in den Tatsachen des internationalen Verkehres ebenfalls revidiert werden.

Es wäre heutzutage unmöglich, wie in früheren Jahrhunderten, ein Land förmlich zu »erobern«. Jede kriegerische Komplikation wirkt auf beide Parteien in gleich schädlichem Maße und ist für den Angreifer nichts als eine grandiose Selbstverstümmelung. Ebensowenig wie die Rüstungen wirtschaftliche Güter zu sichern vermögen,

ebensowenig vermag heutzutage ein Krieg wirtschaftliche Expansion zu erreichen. . . . Das alles hängt von wirtschaftlichen Potenzen und nicht von Waffen, Pulver und Blei ab! Durch die sogenannte Ultimo »ratio« wird höchst irrationell nicht bloß der Gegner, sondern das eigene Land in die größte Gefahr gestürzt; die ins Riesenhafte gewachsenen Streitkräfte machen es technisch und wirtschaftlich immer schwieriger, die exakte Verwendung solcher Riesenmassen im Ernstfalle zu verbürgen.

Mit dem hier Gesagten stimmt im Grunde sehr auffallend überein, was niemand Geringerer als ein hoher deutscher Offizier, General v. d. Goltz sagte: »Die ökonomischen Hilfsquellen werden (in einem künftigen Kriege) ein Ende erreichen, noch ehe die Kräfte der Armeen erschöpft wären.« (Zitiert von Ch. Richet, a. a. O., Seite 62.)

Welch ungeheure Schäden ein künftiger Krieg mit sich brächte, und welcher geradezu ökonomisch-physischen Unmöglichkeit ein solcher begegnen müßte, beweist sehr eingehend ein französischer Generalstabs-Hauptmann, Bernhard Serrigny in seinem Buche »Les Conséquences économiques et sociales de la prochaine guerre« (Paris 1909). Das gegenwärtige System der allgemeinen »Militarisation«, der Wahnglaube an die große Zahl (la folie du grand nombre), müsse zur Verwüstung und gänzlichen Zerrüttung der Volkswirtschaft führen, ohne jeden wirklichen Nutzen für die Verteidigung. Nahezu unüberwindliche ökonomische Hindernisse würden in Zukunft jedem siegreichen Kriegsteile entgegenstehen, wollte er irgend welche territoriale Besitzveränderungen vornehmen. Alle wichtigen Funktionen des wirtschaftlichen Lebens (Gütererzeugung, menschliche Arbeit, Kapitalsnutzung, Güteraustausch etc.) müßten vollständig versagen. Der Autor gelangt zur vollständigen Verurteilung der alten Politik der Gewaltanwendung, zur Verherrlichung der schaffenden Arbeit und des Rechtsprinzipes.

Die Entwicklungsgeschichte gibt uns weitere und unwiderlegliche Beweise, so die Entwicklung des Rechtes, welches an die Stelle der Gewalt in immer zahlreicheren Fällen zu treten berufen ist. Noch finden wir in einzelnen Gebieten Spuren der alten Blutrache, während das alte Fehderecht und seine Ausartung, das Faustrecht, im internen Verkehre eines Landes wohl so gut wie beseitigt sind. Einzelne Staaten haben im Duelle noch die, aber auch schon dahinschwindenden Reste des Prinzipes der Gewaltanwendung.

Anderseits sind die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten (d. h. ihrer

produktiv tätigen Bewohner) in einer so stark wachsenden gegenseitigen Verästelung und Abhängigkeit, daß der Staat als solcher heute nicht mehr als die oberste und letzte Organisationsform der wirtschaftenden Menschen angesehen werden kann. Die alte Lehre von der Staatssouveränität erleidet in immer zahlreicheren Fällen Ausnahmen, es häufen sich internationale Vereinbarungen und Verpflichtungen, die schließlich naturnotwendig zu einer ständigen internationalen Organisation auch in politischen Dingen ausmünden werden.

Unter den Vertretern des Pazifismus gibt es nun Persönlichkeiten, welche der Ansicht sind, daß man sich darauf beschränken sollte, den internationalen Rechtszustand (Schiedsgerichtsbarkeit) voll zu erreichen, da die Rüstungsvermehrungen nur eine Begleiterscheinung der bestehenden internationalen Rechtslosigkeit seien und mit dieser von selbst verschwinden werden. Mit Recht wendet sich aber m. E. Berta v. Suttner in ihrem Buche »Rüstung und Überrüstung« (Berlin, 1909, S. 32 ff.) gegen diese Auffassung, indem sie betont, daß die übertriebenen Rüstungen nicht etwa bloß ein Symptom der Krankheit, sondern selbst eine Krankheit sind, von der die Völker geheilt werden müssen — und nebstdem der beständige Erreger einer noch viel gefährlicheren Krankheit, des Krieges; man müsse daher Mittel und Wege suchen, auch das »Rüstungsfieber« (la rage des nombres) als solches zu beseitigen, was nur auf dem Wege einer internationalen Vereinbarung über den Rüstungsstillstand möglich sein wird.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch die Tatsache, daß immer zahlreichere Klassen und Berufe sich international organisieren: das Kapital und die Arbeit, Industrie und Landwirtschaft, Wissenschaft und Kunst; auch dadurch wird die psychologische Bedeutung der politischen Grenzen allmählich schwächer.

Und damit gelangen wir zu einer sehr wichtigen Entwicklungsreihe. Die geschilderten tatsächlichen Verhältnisse haben begreiflicherweise auch die Anschauungen der Menschen wesentlich geändert; der Fremdenhaß verliert zusehends an Schärfe und Wirkung und macht einem freundlichen Verkehre mit den Angehörigen anderer Staaten Platz; die Anhänger des Machtprinzipes werden in den Hintergrund gedrängt und die des Rechtsprinzipes gewinnen immer mehr an Boden — wie auf dem Gebiete der privaten und sozialen Konflikte, so auch auf dem Gebiete der internationalen Konflikte.

Damit parallel läuft eine stete Höherwertung des Individuums — trotz aller nivellierenden und sozialisierenden Tendenzen. Mit der steigenden Kultur ist unleugbar ein Rückgang der Volksvermehrung verbunden, die Staaten müssen daher der Erhaltung des einzelnen Menschenlebens ein umso größeres Gewicht beimessen. Die Bekämpfung der Epidemien, die Zurückdrängung elementarer Schäden, die Verhütung von Schäden aller Art, die Kinderfürsorge, die Wohlfahrtsgesetzgebung u. v. a. m. beweisen, wie hoch man den Wert des einzelnen Menschenlebens heutzutage einschätzt. (Vgl. Tabelle 29.)

Man erkennt es immer deutlicher: die Aufgabe der zivilisierten Menschheit kann nicht mehr sein, daß politische gesonderte Volksmassen sich von Zeit zu Zeit, nach Art der Blutrache oder des Fehderechtes überfallen, einander totschießen und möglichst viel Materialschaden verursachen, die Aufgabe ist vielmehr: der vereinte Kampf aller menschlichen Organisationen gegen Gewalten und Schäden der Natur, die Bezwingung der Natur und die immer noch nicht gelöste Frage, wie die Verteilung der irdischen Güter am richtigsten vor sich zu gehen hätte. . . . Wie wahr ist es, was Schiller in seinem »Spaziergang« sagt:

> »Sieh', da entwickeln sich im feurigen Kampfe die eifernden Kräfte:
> Großes wirket ihr Streit, Größeres wirket ihr Bund.«

Mit dieser im besten Sinne des Wortes humanitären Auffassung ist die Anwendung des Gewaltprinzipes im internationalen Konflikte, der Krieg, das beabsichtigte Töten einer Vielzahl von Menschen schlechterdings unvereinbar und erscheint geradezu als Überbleibsel einer längst überwundenen Barbarei.

Einer der bedeutendsten Vorkämpfer der internationalen Schiedsgerichtsidee, Andrew Carnegie, erhofft den Sieg des internationalen Rechtsgedankens nicht so sehr von dem Beweise, welche großen materiellen Schäden die Kriege und die Rüstungen mit sich bringen, sondern von der Einwirkung auf die Psyche des Menschen, indem sie zur Überzeugung gelangen, wie unmenschlich, kulturwidrig und barbarisch die zwecklose Vernichtung kostbarer Menschenleben im Kriege sei.

6. Vorschläge.

Wir kommen von diesen Ausblicken in die Zukunft, welche allerdings auf der Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse fußen, zurück zu unseren trockenen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen. Und da möchte ich

denn doch, daß auch der Niederösterreichische Gewerbeverein sich zu der Rüstungsfrage äußere. Der Gewerbeverein hat im Jahre 1848 zu einer wichtigen innerpolitischen Frage mutvoll seine Stimme ertönen lassen: er wäre wohl berufen, auch in der jetzt alle Gemüter bewegenden internationalen Frage wieder als die erste unter den großen wirtschaftlichen Korporationen das Wort zu ergreifen.

Ich denke mir, daß der Verein zunächst in einer Denkschrift über die volkswirtschaftlichen und finanziellen Fragen des Rüstungsproblemes an den Herrn Minister des Auswärtigen herantreten sollte. Er würde darin nachweisen, daß die Rüstungen in keiner Weise eine Sicherung gegen Kriege oder dessen Schäden, noch gegen die Benachteiligung unserer auswärtigen wirtschaftlichen Interessen bringen können, daß ferner die direkten und indirekten Rüstungsauslagen in den meisten Staaten, so auch schon in Österreich-Ungarn, rascher anwachsen als das Einkommen und das Vermögen, anderseits die Befriedigung kultureller und sozialer Bedürfnisse immer schwieriger gestalten.

Der Herr Minister wäre daher zu ersuchen: den nicht mehr etwa von privater Seite, sondern schon in offiziellster Form, zuletzt vom Parlamente und der Regierung der Vereinigten Staaten gemachten Versuch: durch Ernennung von Kommissionen in jedem Staate zu einer internationalen Konferenz über den Stillstand der Rüstungen zu gelangen, nicht bloß mit platonischer Sympathie zu begrüßen, sondern diese Absicht als höchst wünschenswert und durchführbar zu bezeichnen; ferner nicht abzuwarten, welche Haltung die übrigen Mächte einnehmen, sondern die Initiative zu ergreifen und bei den übrigen Mächten auf die Beteiligung an einer solchen Konferenz hinzuwirken, da ja ein derartiger Versuch im gleichmäßigen Interesse aller Staaten gelegen wäre.

Hierbei könnte auch darauf verwiesen werden, daß viele und wichtige Fragen des friedlichen Verkehres der Staaten und ihrer Bewohner, namentlich eine große Zahl von Fragen des internationalen Rechtes, noch immer nicht oder nur sehr notdürftig geregelt sind und daher einer entsprechenden Lösung zugeführt werden sollten.

Schließlich hätte der Verein sich auch an die befreundeten wirtschaftlichen Korporationen in Österreich und in Ungarn zu wenden, um gleiche Demarchen dieser Körperschaften zu veranlassen — man könnte aber auch an verwandte Korporationen in den benachbarten Staaten mit dem Ansuchen herantreten, den gleichen Schritt bei ihren Regierungen zu unternehmen.

Ganz besonders aber sollten die österreichischen wirtschaftlichen Korporationen mit den gleichen Körperschaften Italiens in freundschaftlichen Verkehr treten, um gerade ihrerseits die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu betonen!

Wenn Österreich auf diesem Gebiete führend auftreten wollte, so wäre dies nicht etwa ein Zeichen der Schwäche (das müßte ja auch von den Vereinigten Staaten von Amerika gelten, welche bereits den ersten Schritt unternahmen), sondern vielmehr ein Beweis dafür, daß Österreich die höchsten Kulturaufgaben der Gegenwart richtig zu werten versteht. Eine kräftige Unterstützung seitens Österreich-Ungarns, als einer der alten Militärmächte, würde die Aussichten der Rüstungskonferenz außerordentlich verbessern.

Und damit würde man sowohl dem Vaterlande als auch der Menschheit einen gleich großen Dienst von dauerndem Werte erwiesen haben.

Nachtrag.

In der Danzerschen »Armee-Zeitung« vom 16. Februar 1911 erschien eine Besprechung dieses Vortrages, welche mir zu folgender Erwiderung Anlaß gibt:

Herr Danzer wirft mir »fanatische Voreingenommenheit«, »tendenziöse Mache« (zugunsten des Pazifismus), »Darstellung gegen besseres Wissen« vor und sucht diese persönlichen Vorwürfe, auf welche ich nicht näher eingehen will, dadurch zu beweisen, daß er die dem Vortrage beigegebenen Tabellen kritisiert, indem er in ihnen scheinbare Widersprüche zu finden glaubt. Diese Gegenbemerkungen sind nun durchaus unstichhaltig, was aus folgenden Äußerungen hervorgeht:

1. In Tabelle 2 sind als Entgang der aktiv Dienenden durchschnittlich 1000 Mk. eingestellt worden; Danzer erblickt hierin einerseits einen Widerspruch damit, daß das durchschnittliche Einkommen einer 4- bis 5köpfigen Familie nur mit 1200 bis 1500 Mk. eingestellt wurde, anderseits damit, daß in Tabelle 11 der Durchschnittslohn eines Arbeiters pro 1907 nur mit 787 K eingestellt wurde.

Dieser Widerspruch erklärt sich daraus, daß unter den aktiv Dienenden nicht bloß niedrig entlohnte unqualifizierte Arbeiter, sondern auch qualifizierte Arbeiter, Studierte, ferner selbständig Erwerbstätige inbegriffen sind; weiters daraus, daß das Durchschnittseinkommen einer Familie hauptsächlich auf eine Person basiert ist, welche eben tatsächlich im Durchschnitte nur 800 bis 1000 Mk. verdient, während die weiteren 200 bis 500 Mk. sich auf den weitaus geringeren Verdienst der mithelfenden Familienmitglieder beziehen; schließlich daraus, daß der mitgeteilte Arbeitslohn nur der anrechenbare Durchschnittslohn eines unfallversicherten Arbeiters ist (und zwar nicht in Wien, sondern in Österreich). Der faktische Lohn ist tatsächlich höher, weil im anrechenbaren Lohne die Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht berücksichtigt sind, ferner die Zeit der Beschäftigung in nicht versicherungspflichtigen Betrieben, z. B. in der Landwirtschaft. Im übrigen spielt der Unterschied zwischen anrechenbarem und wirklichem Lohne für die Vergleichung der Löhne zweier Jahre keine wesentliche Rolle.

2. In Tabelle 3 wird das Kriegsbudget für 1911 mit 519·5 Millionen Kronen, in der Tabelle 24 jedoch die

Rüstungsauslagen mit 800 Millionen Kronen angegeben. Dieser Widerspruch erklärt sich daraus, daß, wie Danzer selbst bemerkt, zu den gemeinsamen Rüstungsauslagen auch noch die Kosten der beiden Landwehren (ca. 150 Millionen Kronen) hinzugerechnet werden müssen, daß ferner der Tabelle 24 die nach dem offiziellen Gebarungsausweise für 1909 ausgewiesenen gemeinsamen Auslagen per 659·6 Millionen Kronen (vgl. Tabelle 3) zugrunde gelegt wurden. Dieser Betrag, vermehrt um die Kosten für die Landwehren,*) ergibt den Betrag von rund 800 Millionen Kronen (wie in Tabelle 24). Dabei ist es noch immer fraglich, ob es trotz aller Vorsichtsmaßregeln, welche man in den Delegationen plant, pro 1911 bei dem präliminierten Betrage von 519 Millionen Kronen bleiben werde. Das von mir erwähnte »absolutistische Budgetrecht« der Kriegsverwaltung gewährt, wenigstens vorläufig, keine Beruhigung in dieser Hinsicht.

3. Die Frage, ob man die Staatsschulden zu den indirekten Rüstungsauslagen rechnen dürfe oder nicht, wird dadurch beantwortet, daß ein Teil, und zwar in den meisten Staaten der weitaus größere Teil der Staatsschulden, direkt auf Rüstungskredite zurückzuführen ist; der übrige Teil darf deshalb auch dem Rüstungskonto zu Lasten geschrieben werden, weil, wenn die Staaten nicht infolge der hohen Rüstungsauslagen gezwungen wären, Anleihen für nützliche oder produktive Zwecke zu machen, der gesamte Schuldstand ein geringerer wäre. Übrigens sind gerade in Österreich auch solche Investitionsanleihen indirekt auf Rüstungs- oder Kriegsauslagen zurückzuführen. Wir mußten (vgl. S. 13 dieses Vortrages) z. B. die Linien der Staatseisenbahn-Gesellschaft und der Südbahn geradezu verschleudern und sie dann zu einem enorm teuren Preise zurückkaufen.

An einer Stelle sagt Danzer: »In die Kosten des bewaffneten Friedens darf man die Kosten früherer Kriege (Schuldzinsen) nicht einstellen, die ja durch den bewaffneten Frieden verhindert werden sollen«. Es ist unerfindlich, wieso der bewaffnete Friede frühere Kriege verhindern soll; tatsächlich verhindert er nicht die Kriege, sondern führt sie infolge des ständigen Beunruhigens eher herbei. Wenn die Rüstungen Kriege vermieden hätten, dann allerdings wären ihre Kosten nicht zu den Auslagen des bewaffneten Friedens zu rechnen.

4. Es ist nicht richtig, daß in die Auslagen für Heer und Marine (Tabelle 10, österreichische Finanzen) die Kosten der österreichischen Landwehr nicht eingestellt

*) Abzüglich 20 Millionen Kronen als Etat der übrigen gemeinsamen Ministerien.

wurden; im Gegenteil, die dort angegebenen Summen setzen sich aus der österreichischen Quote für Heer und Marine und den Kosten der österreichischen Landwehr zusammen.

5. Herr Danzer findet es »geschmacklos« und auf die Sentimentalität spekulierend, der in der Tabelle 24 zitierten Berechnung der Streffleurschen Militärischen Zeitschrift vorzuwerfen, daß sie für den Verlust an Menschenleben in die Versicherungsrechnung nichts eingestellt habe. Danzer zitiert selbst die Begründung Streffleurs: Der Verlust an Menschenleben in einem künftigen Kriege wurde mit 100.000 Mann beziffert; dieser Verlust sei bei einem Bevölkerungszuwachse von etwa 600.000 Köpfen volkswirtschaftlich nur von untergeordneter Bedeutung. Wir überlassen es unseren Lesern, zu entscheiden, ob unser Standpunkt oder der gegnerische Standpunkt mehr Geschmack zeigt.

6. Es wird nicht erwiesen, daß, wenn wir eine starke Flotte gehabt hätten, der türkische Boykott hätte vermieden werden können, oder daß der bedeutende Ausfall unseres Exportes in die Balkanstaaten (Tabelle 23) nicht eingetreten wäre. Ich habe ausdrücklich erwähnt, daß an diesem traurigen Rückgange hauptsächlich unsere verfehlte Handelspolitik schuld sei. Wir könnten mehrere Armeekorps an die serbische und rumänische Grenze schicken und die ganze türkische Küste mit Kriegsschiffen besetzen —: wenn wir die eigentlichen Ursachen unseres Exportrückganges nicht beheben, wenn wir nicht die Grenzen für die Vieh- und Fleischeinfuhr öffnen, so werden wir keinen Menschen in der Türkei, in Serbien oder Rumänien zwingen können, mehr Waren bei uns zu kaufen als anderswo.

7. Unrichtig ist auch die Interpretation der Tabelle 21, betreffend das Verhältnis der Auslagen für die Kriegsmarine zur Größe der Handelsflotte. Diese Tabelle wird durch die nächstfolgende Tabelle 22 erläutert, welche dartut, daß Österreich-Ungarn in den Kosten der Kriegsflotte verhältnismäßig viel mehr für die Handelsflotte ausgibt als eine Reihe anderer Staaten, und zwar nicht bloß »Speditionsländer«. (Wir würden Österreich allerdings nur einen bescheidenen Teil des wirtschaftlichen Nutzens aus dieser »Speditionstätigkeit« wünschen.)

8. Was die Tabelle 28 betrifft, so sind hier als Auslagen des Staates für Wohlfahrt enthalten: selbstverständlich nicht die Ausgaben für Armenpflege oder für Spitäler (weil diese Auslagen in den meisten Staaten den Provinzen, den Gemeinden oder selbständigen Fonds obliegen), sondern die staatlichen Ausgaben für Versicherungszwecke, so

z. B. in Großbritannien die Auslagen für die allgemeine Altersversicherung, in Deutschland für die Arbeiterversicherung, in Italien der Beitrag des Staates zur sozialen Versicherung etc.

9. Die Hauptthesen meines Vortrages waren folgende:

a) Die Rüstungsauslagen steigen in den meisten Staaten stärker als die Elastizität der wichtigsten öffentlichen Abgaben und als die Nominaleinkommen, und diese weniger als die Realeinkommen (Teuerung).
b) Die Höhe der Rüstungsauslagen steht in keinem ursächlichen Zusammenhange mit der Größe des Außenhandels, der Ausfuhr und der Handelsflotte.
c) Den volkswirtschaftlichen Vorteilen der Rüstungen (Produktivitätsargument) stehen bedeutende wirtschaftliche Nachteile gegenüber.
d) Die Rüstungsauslagen sind keine »Versicherung« gegen den Krieg oder die Schäden aus dem Kriege, sondern erzeugen im Gegenteil durch das Element der beständigen Beunruhigung immer wieder neue internationale Komplikationen und Konflikte; den Rüstungen haften zahlreiche innere Mängel und Gebrechen an, welche ihren strategischen Wert bedeutend herabsetzen.
e) Die Rüstungsauslagen verhindern die Staaten in steigendem Maße, wichtige kulturelle, hygienische, ökonomische Volksbedürfnisse zu befriedigen.
f) Die Rüstungen widerstreiten allen Gesetzen der Entwicklungsgeschichte (des Rechtes, des internationalen Verkehres, des Persönlichkeitswertes u. a.).
g) Mit zwingender Logik ergibt sich aus allen staatsfinanziellen, volkswirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Prämissen die Notwendigkeit, je eher zu einem Abkommen — zunächst zwischen je zwei »wettrüstenden« Staaten — über den Rüstungsstillstand und die obligatorische, allgemeine, internationale Schiedsgerichtsbarkeit und damit zur internationalen politischen Organisation zu gelangen.

Es ist der Widerlegung in »Danzers Armee-Zeitung« meines Erachtens nicht gelungen, diese Thesen zu erschüttern und meinen Tabellen Unrichtigkeiten nachzuweisen. Aber selbst wenn die eine oder andere Ungenauigkeit sich vorfinden sollte, so ist es wohl selbstverständlich, daß mir niemals einfiel, irgendwie eine »tendenziöse Mache« oder gar eine beabsichtigte Entstellung der Ziffern zu bringen. Dies wäre ein Vergehen an der Wissenschaft, an der Zuhörerschaft, noch mehr aber auch an dem großen Gegenstande gewesen, welchem der Vortrag gewidmet war.

1.

Internationale Generalübersicht pro 1909/1910.*)

Es betrugen in allen Staaten (Kolonien u. dgl. eingeschlossen) der Welt:

	Millionen Mark
Die Staatseinnahmen	45.121·3
„ öffentlichen Abgaben (Brutto) . .	25.241·8
„ Einfuhrzölle	6.522·3
Die Staatsschulden	177.343·1
Davon unverzinslich ca.	10.000·0
Der Schuldendienst	6.900·0
Die Auslagen für das Heer	6.242·4
„ „ „ die Flotte	2.914·1
„ „ „ beide	350·6
„ Rüstungsauslagen	9.507·1
Die Wareneinfuhr	74·841·9
„ Warenausfuhr	67.860·5
„ Warendurchfuhr . . . . (ausgewiesen)	637·2
Der Warenverkehr	143.339·6

	Milliarden Francs *)
Die Gesamtheit der Geldmittel, über welche die Banken der Welt verfügen	238
Die Wertpapiere der Welt	768
Davon im Besitze von eigenen Staatsangehörigen ca.	520

*) Diese und die folgenden Tabellen wurden, insoweit nicht eine andere Quelle angegeben ist, nach den Angaben des (Gothaschen) Hofkalenders für 1911 und des Statesmans Year-Book pro 1910 berechnet.

2.

Kosten des bewaffneten Friedens.

	Millionen	In Europa Mark
1. Direkte Rüstungsauslagen	9.500	7.000
2. Entgang der aktiv Dienenden (in Europa 5 Millionen à 1000 Mk)	?	5.000
3. Dienst für die Staatsschulden	7.000	6 000
	?	18.000

4. In Europa gibt es 400 Millionen Einwohner oder 100 Millionen Haushalte à 4 Personen . . . . oder 80 Millionen Haushalte à 5 Personen . . . } auf einen Haushalt entfallen von 3) } 180 Mk. / 225 „

5. Durchschnittliches Einkommen einer 4 bis 5köpfigen Familie . . . . 1200 bis 1500 Mk.

3.

Österreichisch-ungarische Auslagen für gemeinsame Angelegenheiten.

Jahr	Präliminiert (bewilligte Kredite) Ordinarium	Präliminiert (bewilligte Kredite) Extraordinarium	Tatsächlich ausgegeben Ordinarium (in Millionen Kronen)	Tatsächlich ausgegeben Extraordinarium (in Millionen Kronen)	»Unverwendete Kreditreste« aus Vorjahren für das Heer	»Unverwendete Kreditreste« aus Vorjahren für die Flotte
1907, 1906, 1905	—		—		125·7	27·27
					(1908 verwendet)	
1908	590·334		514·376		75 958	
					(1909 verwendet)	
1909	422·49	267·20	517·92	141 73		
	689·69		659·657		30·042	
1910 a) Heer	326·497	10·074				
		8·364 (Truppen in Bosnien)				
b) Flotte	60·912	5·844				
	387·409	24·282				
	411·691					
(Dazu »Annexionskosten«	243·0					
	654·691)					
1911 a) Heer	354·244	5·286				
		12·704 (Bosnische Besatzung)				
		4·00 (Artillerie)				
		20·00 (technische Ausgestaltung des Heeres)				
b) Flotte	64·162	4·095				
		55·00 (1. Rate der vier Dreadnoughts)				
	418·406	101·085				
	519·491					

4.

Bedeckung der Mehrkredite für 1911.

	Millionen Kronen
a) Ordinarium des Heeres und der Flotte . . . . ca.	30·0
Davon ab: Zollertrag	10·0
Bleibt quotenmäßig zu decken	20·0
u. zw. durch Österreich (63·6 Prozent)	**11·88**
b) Extraordinarium des Heeres und der Flotte . . . . ca.	79·0
Österreichische Quote	55·2
halbjährige Zinsen der hierfür zu emittierenden Rente	**1·1**
a) + b) . . . . ca.	13·0
Hierfür will der Finanzminister Bedeckung finden in	
1. dem größeren Gewinne von der Österreichisch-ungarischen Bank	0·8
2. dem »reinen Münzgewinn« der letzten Jahre	7·3
3. der Erhöhung des Präliminares für Stempel und Gebühren um	4·9
	13·0

*) Nach den Berechnungen Alf. Neymarcks, mitgeteilt im Bulletin des Internationalen Statistischen Institutes, 1909.

5.

Generelle Entwicklung der Ausgaben der Staaten Europas.

(Nach dem Budgetberichte des ungarischen Abgeordnetenhauses.)

I. Zunahme der Staatsausgaben in den 25 Jahren 1883 bis 1908 um:

	Prozent
a) der europäischen Staaten im Durchschnitte	101·0
b) im Deutschen Reiche	244·0
c) in Österreich (1888 bis 1908)	139·1
Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten	79·4
Landesverteidigung	289·3
Pensionsetat	175·7
d) in Ungarn	119·0
e) in Italien	34·0

II. Von den Staatsausgaben entfielen auf einen Einwohner:

	Im Jahre 1888 (in Francs)	Im Jahre 1908 (in Francs)
a) im europäischen Durchschnitte	55	86·6
b) in Ungarn	50	89
c) in Österreich	45·6	**91·4**

6.

Deutsches Reich.*)

1. Zunahme des versteuerten Einkommens

	Millionen Mark
a) in Preußen 1903 bis 1909	4510
oder jährlich	751·7
b) im Reiche (5/3 von Preußen) jährlich . . .	1250
Betrag der Rüstungsauslagen	1350

2. Rückgang im Verbrauche von Getreide:
Es waren pro Kopf der Bevölkerung verfügbar:

	Roggen	Weizen
	Meterzentner	
1902/03	158	100
1908/09	141	84

3. Der Durchschnittslohn eines unfallversicherten Arbeiters betrug

	Mark
1886	642
1908	948
	+ 48 Prozent

4. Rüstungsauslagen

	Millionen Mark
1886	603
1908	1195
	+ 98 Prozent

5. Produktion der Eisenindustrie

	Millionen Mark
1881	156
1906	295
	+ 89 Prozent

6. Rüstungsauslagen

	Millionen Mark
1881 bis 1885 durchschnittlich	417
1907	1099·6
	+ 163 Prozent

*) Auf Grund von Mitteilungen in der »Neuen Zeit«.

7.

Großbritannien.*)

	1891/92	1906/07	1909/10	Zunahme 1891/1909 in Prozenten	
	in Millionen Pfund Sterling (24 K)				
Staatseinnahmen	90·99	164·07	140·50	47·07	
darunter:					
öffentliche Abgaben	75·36	135·08	110·78		
darunter:					
Zölle	19·74	34·82	31·85	60·8	
Akzise . . .	25·61	36·91	32·09	25·2	
Stempel . . .	13·70	27·15	30·73	124·30	
Einkommensteuer . . .	13·81	31·60	15·43	11·70	
Ausgaben für das Heer	17·26	27·76	27·24	59·10	100·70 (Heer und Flotte)
Ausgaben für die Flotte	14·15	31·43	35·81	153·50	
Staatsschuld . .	677·68	731·10	720·20		
Einfuhr	423·89		624·74	106·80	68·10 (Einfuhr und Ausfuhr)
Kopfquote Pfund Sterling	19·70		13·70		
Ausfuhr	227·06		469·74	47·30	
Kopfquote Pfund Sterling	11·52		10·30		

Entwicklung der Staatsschuld:

Im Jahre	in Millionen Pfund Sterling	Zinsendienst Pfund Sterling
1689 (Revolution)	0·700	39.855
		in Millionen Pfund Sterling
1714 (nach dem spanischen Erbfolgekrieg)	12·767	3·060
1763 (Pariser Frieden)	132·716	
1763 bis 1775 (Friedenszeit) .	126·800	
1784 (nach dem nordamerikanischen Krieg)	243·060	
1815 (Pariser Frieden, nach den Napoleon-Kriegen) . . .	861·000	32·600
1854 (Beginn des Krimkrieges)	801·780	
1857 (Ende des Krimkrieges) .	837·140	
1892 (Verminderung während der Friedenszeit)	677·680	
1907 (nach dem Burenkrieg) .	731·100	
1910	720·200	

*) Nach »Statesmans Year-Book«.

8.

Japans Staatshaushalt.*)

In Millionen Yen (= 2·066 Mk.)

	1895/96	1897/98	1904/05	1908/09	1910/11	Zunahme 1897/1910 in Prozenten
Einnahmen:						
Steuern		93·70		322·60	320·20	240·90
und zwar:						
Einkommensteuer		2·09		32 10	31·90	1490·50
Geschäftssteuer .		4·41		23·50	25·30	401·80
Getränkesteuer .		31·16		83·60	87·80	179·60
Steuer auf Webereien		—	4·40	19·30	18·70	
Zölle		8·02	23·20	40·—	45·40	467·50
Stempel		7·18			24·10	242·70
Steuern der Gemeinden und Provinzen . . .		28·40	84·20	127·87	142·57	407·07
Ausgaben:						
Ordinarium Heer		28·70		67·70	74·60	163·90
Ordinarium Flotte		9 50		34·30	38·50	322·20
Extra-Ordinarium Heer		31·40		74·14	10·90	
Extra-Ordinarium Flotte		40·80		37·20	37·20	
Ungetilgter Betrag d. Staatsschulden	371·70	421·20	991·30	2250·30	2664·30	616·20
Einfuhr		219 30	371·36	436·20	394·20	78·80
Ausfuhr		163·13	319·26	378·20	413·10	144·70
		382·43	690·60	814·40	807·30	111·20

*) Nach den Finanziellen Jahrbüchern Japans.

9.

Vereinigte Staaten von Amerika.*)

1. In den 126 Jahren staatlicher Existenz fanden nur drei große Kriege mit fremden Mächten statt, welche zirka sechs Jahre des nationalen Lebens umfaßten.

	Millionen Dollars
Staatsausgaben in 126 Jahren	21.518·80
Hiervon entfallen auf	
militärische Zwecke und ihre Folgen	16.567·60
auf alle anderen staatlichen Aufgaben	4.951·20

2. In den 31 Jahren 1879 bis 1909 wurden ausgegeben:

	Millionen Dollars	in Prozenten der Staatseinnahmen
a) für das Heer	2.465·09	20·2
b) „ die Flotte	1.456·79	11·9
c) „ Pensionen	3.499·88	28·7
d) „ Schuldzinsen	1.309·02	10·7
	12.210·49	71·5
e) für Zivilverwaltung, Gesetzgebung, Justiz etc. . .	3.479·70	28·5
3. Verzinsliche Schuld am 1. November 1909	1.295·14	
Papiergeld am 1. November 1909	1.366·28	
	2.661·42	

*) Nach dem amtlichen Berichte des Staates Massachusetts (Vereinigte Staaten von Amerika) über die »Costs of Living«, Boston, 1910.

10.

Österreichische Finanzen.*)

Ertrag der	1901	1908	1909	Zunahme 1901 bis 1908	Zunahme 1901 bis 1909
	in Millionen Kronen			in Prozenten	
Hauszinssteuer . .	64·90	84·27	90·648(?)	29·7	—
Besondere Erwerbsteuer	56·38	69·82	?	23·8	—
Personaleinkommensteuer	49·516	69·326	?	40·4	—
Einfuhrzölle	105·339	156·474	177·9	48·7	69·1
Stempel	43·623	55·94	?	28·2	—
Gebühren	97·994	128·334	?	30·9	—
Branntweinabgaben (Preßhefe, Kontrollgebühren) . .	80·871	95·212	94·057	17·6	16·2
Zuckersteuer . . .	99·644	139·187	144·804	39·8	45·6
Biersteuer	78·015	74·618	71·242	4·3	6·1
Auslagen für Heer und Marine . . .	358·96	515·09	659·6	**43·6**	**81·1**
Pensionsetat (Brutto)	60·603	92·117	96·0	51·6	58·0
Ausgaben des Justizministeriums . . .	70·846	88·975	?	25·6	—
Ausgaben des Ministeriums für Kultus und Unterricht . .	75·796	104·976	?	38·3	—
Betrag der Hypothekardarlehen (bei Banken und Sparkassen)	4725·5	7097·9	?	50·2	—
Die dafür erzielten Einnahmen (Brutto)	193·7	293·3	?	52·0	—
Steuerpflichtige Einkommen	3102·98	3927·63	?	26·5	—

*) Nach den österreichischen Finanzgesetzen, bezw. Staatsvoranschlägen.

11.

Steigerung der Preise in Wien.

(Nach dem »Österreichischen Statistischen Jahrbuch«.)

Es kostete	1900	1909	Zunahme
	Kronen		(in Prozenten)
Weizenmehl (50 kg)	8·76	15·50	84
Roggenbrot (Backmehl) 1 kg	—·20	—·28	40
Spiritus (1 hl)	38·04	50·—	30·5
Gemischtes Brot (1 kg) . .	—·25	—·35	40
Grieß (1 kg)	—·32	—·45	40·6
Gewöhnliche Gemüse (1 kg)	—·28	—·44	57·1
Speck (1 kg)	1·08	1·45	37
Schmalz (1 kg)	1·12	1·64	47·3
Butter (1 kg)	2·30	3·08	33·9
Bier (1 l)	—·28	—·37	32·1
Branntwein (1 l)	—·50	1·13	101·7
Heu (1 q)	5·98	10·45	74·7
Koks (1 q)	3·10	3·94	27·1
Kartoffeln (1 hl)	5·80	7·88	35·8
	1898	1907	
Durchschnittslohn (anrechenbar) eines unfallversicherten Arbeiters (pro Jahr)	649·—	787·—	**21·2**

12.

Erbschafts-Statistik.*)

I. Der jährliche Bruttobetrag eines Nachlasses betrug in:

	Francs
Großbritannien (1908)	21.008
Holland (1906/08)	16.766
Frankreich (1906)	11.605
Belgien (1906)	8.020
Dänemark (1906)	4.610
Österreich (1908)	3.922
Spanien (1903)	3.837
Italien (1900/01)	3.580
Rumänien (1908)	1.526
Ungarn (1907, nur von Immobilien)	1.517

II. Der Wert des beweglichen und unbeweglichen Nachlaßvermögens betrug in:

	Millionen Mark
Großbritannien	6167·60
Frankreich	6163·29
Italien	1013·30
Österreich	863·70
Ungarn	364·50
Österreich-Ungarn	1228·20
Spanien	581·49
Holland	509·65
Dänemark	75·71
Rumänien	59·58

*) Nach einer Berechnung Dr. Bertillons im Bulletin des Internationalen Statistischen Institutes, 1909.

13.

Kopfquote der

	öffentlichen (staatlichen) Abgaben in	staatlichen, provinziellen und Gemeindeabgaben *) in Mark	Staatsschulden (1909/10)	Rüstungsauslagen
Frankreich . .	64.275	80.703	701.018	26.130
Großbritannien	49.321	81.790	319.954	28.006
Holland . . .	43.155	86.110	324.330	12.882
Deutschland + Bundesstaat	41.522	57.802	320.184	21.599
Österreich . .	40.457	49.480	304.445	14.750
Österreich-Ungarn . .	37.659		277.932	13.716
Spanien . . .	40.010		381.980	7.914
Norwegen . .	35.992		153.940	10.320
Italien	35.818		293.156	12.904
Dänemark . .	32.745		121.240	11.000
Schweden . .	32.840		108.150	16.270
Belgien . . .	31.970		389.223	6.180
Portugal . . .	33.409		495.224	8.129
Griechenland .	29.769		249.878	10.163
Vereinigte Staaten . .	26.104		124.725	13.250
Rußland (europ.) . .	24.386		152.529	10.050
Bulgarien . .	23.207		120.788	7.980
Serbien . . .	21.780		152.541	7.557
Rumänien . .	21.823		183.229	7.223
Schweiz . . .	17.710		26.756	9.201
Türkei	16.740		91.727	8.559
Japan	15.645		108.464	6.564
Brasilien . . .	12.500		181.307	5.723
Großbritannien + Kolonien	11.291		77.818	4.413
Frankreich + Kolonien			351.753	12.882
Deutschland + Kolonien			ca. 300.000	16.360

*) Diese Daten (über staatliche, provinzielle und Gemeindeabgaben) stammen aus dem oben erwähnten Berichte O. Schwarz im Schanz'schen Finanziellen Archiv.

14.

Kriegskosten und Warenpreise.

(Aus »Cost of Living«, pag. 206.)

	Prozent
1. Während des mexikanischen Krieges (1845) stiegen die Lebensmittelpreise um	8
2. Während des Krimkrieges, als die Produktenmärkte Rußlands verschlossen waren, stiegen die Lebensmittelpreise 1853 um	14
und 1854 um	20
ferner die Preise von Tuch und Kleidern um	12
3. 1855 und 1856 stiegen die Lebensmittelpreise (gegen 1852) um	25
4. 1857 stiegen die Lebensmittelpreise (gegen 1852) um	30
5. Während des nordamerikanischen Rebellionskrieges stiegen die Lebensmittelpreise (gegen 1860) um	30 bis 60
6. Starke Preissteigerungen folgten: Dem deutsch-französischen Kriege (1870/71), dem spanisch-amerikanischen Kriege (1898), dem englischen Kriege in Südafrika (1900/01), und die noch jetzt herrschende Teuerung . dem russisch-japanischen Kriege (1904/06).	30 bis 50

15.

»Versicherung« des Außenhandels durch die Rüstungen.

	Kopfquote des Außenhandels in Mark (1909)	»Versicherungsprämie« in Prozenten
Holland	1625·0	0·89
Belgien	1073·3	0·57
Neuseeland	676·11	0·98
Schweiz	625·24	1·45
Großbritannien	542 43	5·16
Dänemark	535·62	2·24
Argentina	457·89	2·59
Kanada	345·46	0·91
Uruguay	329·51	3·69
Norwegen	308·99	3·34
Frankreich	280·21	9·21
Chile	263·58	10·12
Deutschland	245·61	8·79
Schweden	224·12	7·59
Vereinigte Staaten	176·58	7·59
Italien	119 92	10·76
Österreich-Ungarn	105·96	14·57
Großbritannien und alle Kolonien	101·41	4·35
Brasilien	96·66	5·92
Rumänien	93·7	7·70
Spanien	76 02	10·41
Griechenland	68·65	14·78
Portugal	60·59	13·9
Türkisches Reich	57·0	9·7
Bulgarien	51·21	14·6
Serbien	47·26	15·9
Japan	33·7	19·4
Rußland	33·04	31·8
Rußland (europäisches allein)	26·9	—

16.

Bei einer Versicherung durch die Rüstungsauslagen von Prozenten	In	betrug die Kopfquote des Außenhandels 1909 (in Mark)
0·5—2 (einschließlich)	Holland	1625
	Belgien	1073
	Neuseeland	676
	Schweiz	625
	Kanada	345
	Paraguay	50
2—4 (einschließlich)	Dänemark	535
	Argentinien	458
	Uruguay	329
	Norwegen	309
	Bolivien	76
	Guatemala	31
4—6 (einschließlich)	Großbritannien	542
	Brasilien	97
	Dominik Republik	78
	Mexiko	62
	Peru	43
	China	6
6—8 (einschließlich)	Deutsches Reich	245
	Schweden	224
	Vereinigten Staaten von Amerika	176
	Rumänien	94
	Ecuador	66
	Venezuela	39
8—10 (einschließlich)	Frankreich	280
	Türkei	57
	Siam	40
	Kolumbien	26
	Salvador	25
10—12 (einschließlich)	Chile	263
	Italien	119
	Spanien	76
	Honduras	32
12—15 (einschließlich)	Österreich-Ungarn	106
	Griechenland	68
	Portugal	61
	Bulgarien	51
	Serbien	47
über 15	Türkei	39
	Japan	34
	Rußland	27

17.

Auf 1 Mark relative Rüstungsauslagen kommt relativer Außenhandel (in Mark):

Rußland	3·8
Japan	5·18
Bulgarien	6·4
Serbien	6·25
Türkei	6·77
Griechenland	6·72
Österreich-Ungarn	7·27
Portugal	7·4
Italien	9·29
Spanien	8·34
Frankreich	10·72
Deutschland	11·3
Schweden	12·80
Rumänien	13·01
Vereinigte Staaten	13·32
Großbritannien	19·37
Großbritannien und Kolonien	23·04
Norwegen	29·9
Dänemark	44·63
Holland	126·9
Belgien	173

18.

Um 1000 Mk. relativen Außenhandel zu schützen, braucht man relative Rüstungskosten in:

	Mark
Belgien	5·76
Holland	7·90
Dänemark	22·40
Norwegen	33·40
Großbritannien und Kolonien	43·60
Großbritannien allein	51·—
Vereinigte Staaten	75·—
Rumänien	77·—
Schweden	78·—
Deutschland	87·80
Frankreich	93·—
Spanien	104·10
Italien	108·—
Portugal	133·30
Japan	134·20
Österreich-Ungarn	137·—
Griechenland	147·30
Türkei	150·10
Bulgarien	154·70
Serbien	160·70
Rußland	259·—

19.

»Versicherung« der Ausfuhr durch die Rüstungen.

	Kopfquote der Ausfuhr (1909) in Mark	»Versicherungsprämie« der Ausfuhr in Form der Rüstungsauslagen in Prozenten
Holland	713·33	1·80
Belgien	492·25	1·26
Schweiz	258·82	3·55
Dänemark	244·32	4·92
Argentinien	237·40	5·007
Großbritannien	235·39	11·899
Frankreich	135·76	19·201
Chile	135·40	18·70
Norwegen	125·47	8·22
Deutsches Reich	107·16	20·15
Schweden	99·02	16·21
Vereinigte Staaten von Amerika	92·95	14·30
Frankreich und Kolonien	77·50	16·00
Brasilien	63·50	9·23
Großbritannien und Kolonien	47·58	9·27
Italien	45·01	28·66
Rumänien	44·79	16·12
Österreich-Ungarn	43·36	31·63
Spanien	37·506	21·102
Griechenland	29·37	34·60
Serbien	26·38	28·63
Bulgarien	22·37	35·60
Portugal	18·66	43·55
Japan	17·34	38·41
Türkei	15·11	56·63
Russisches Reich	13·52	61·20
(Europäisches Rußland)	17·16	

20.

»Versicherung« der Ausfuhr durch die Kriegsmarine allein:

	Kopfquote der Ausfuhr (1909) in Mark	»Versicherungs-prämie« in Form der Marineaus-lagen in Prozenten
Holland	713·33	0·82
Belgien	492·25	—
Dänemark	244·3	1·82
Argentina	237·4	2·1
Großbritannien	235·39	6·7
Frankreich	135·7	5·6
Norwegen	125·5	2·29
Deutschland	107·16	6·5
Schweden	99·02	4·9
Vereinigte Staaten von Amerika	92·9	5·9
England	47·58	3·87
Italien	45·0	9·7
Österreich-Ungarn	43·36	3·1
Spanien	37·5	3·38
Griechenland	29·37	11·8
Japan	17·34	18·1
Türkei	15·11	8·2
Rußland	13·52	8·77

21.

Versicherung der Handelsflotte durch die Kriegsmarine.

	Auf 1000 Einwohner Registertonnen der Handelsflotte 1909/10	Marine-Auslagen für eine Registertonne in Mark
Norwegen	687·39	4·31
Großbritannien	267·30	63·14
Dänemark	199 20	24·05
Griechenland	163·30	21·21
Schweden	144·02	34·29
Holland	87·93	67·14
Vereinigte Staaten	83·40	66·12
Deutschland	44·67	154·64
Frankreich	36·37	223·31
Spanien	37·25	34·29
Chile	35·39	392·43
Japan (Schiffe europäischer Bauart	31·39	97·70
Italien	30·—	148·07
Argentina	18·—	285·61
Holland und Kolonien	16·17	47·10
Portugal	14·50	206·28
Türkei	11·33	111·18
Brasilien	8·90	294·80
Österreich-Ungarn	9·94	114·74
Rußland (europ.)	5·50	346·97
Mexiko	1·70	797·77

22.

Handels- und Kriegsflotte.

I. Die Registertonnenzahl der Handelsflotte gleich 1 gesetzt, betrugen 1909 die Auslagen für die Kriegsflotte in:

	Mark
Rußland	263·80
Frankreich	206·90
Deutsches Reich	157·80
Italien	146·16
Österreich-Ungarn	114·74
Japan	94·59
Türkei	74·17
Holland	71·27
Vereinigte Staaten von Amerika	62·97
Großbritannien	61·84
Großbritannien und Kolonien	53·60
Spanien	35·01
Schweden	34·16
Dänemark	24·08
Norwegen	4·31

II. Wird die »Versicherungsprämie« Norwegens für die Handelsflotte gleich 1 gesetzt, so geben zum Schutze der Handelsflotte (in Mark) aus:

Dänemark	6mal soviel
Schweden	8 „ „
Spanien	9 „ „
Großbritannien	15 „ „
Vereinigte Staaten von Amerika	15 „ „
Holland	18 „ „
Japan	24 „ „
Österreich-Ungarn	29 „ „
Italien	38 „ „
Deutsches Reich	40 „ „
Frankreich	50 „ „
Rußland	60 „ „

III. Wird die »Versicherungsprämie« Österreich-Ungarns gleich 1 gesetzt, so geben aus:

Italien	$1^2/_5$ mal soviel
Deutsches Reich	$1^3/_5$ „ „
Frankreich	$1^4/_5$ „ „
Rußland	$2^1/_2$ „ „
Japan	0·80 „ „
Türkei	0·66 „ „
Holland	0·66 „ „
Großbritannien	0·50 „ „
Vereinigte Staaten von Amerika	0·50 „ „
Spanien	0·30 „ „
Schweden	0·30 „ „
Dänemark	0·25 „ „
Norwegen	0·03 „ „

23.

Ausfuhr Österreich-Ungarns*)

Nach	1907	1908	1909
	in Millionen Kronen		
Rumänien	123·33	101·83	97·53
Griechenland	27·92	22·04	18·31
Türkei	90·50	65·51	74·53
Serbien	28·24	31·32	20·47
Bulgarien	30·62	24·37	33·91
Ägypten	52·72	35·86	35·83
Summe	352·33	280·93	280·58

	mit Bulgarien	ohne Bulgarien
	in Millionen Kronen	
Abnahme 1907/08	72·40	66·15
Abnahme 1907—1909	72·75	**76·04**

*) Nach den handelsstatistischen Ausweisen.

24.

Versicherungskosten Österreich-Ungarns gegen Kriege.

Die »Versicherung« gegen künftige Kriege, welche in den Rüstungskosten enthalten sein soll, umfaßt folgende Werte:

1. Versicherte »Schadenssumme« (nach Streffleurs »Milit. Zeitschrift«, Jänner 1911):

	Milliarden Kronen
a) Eigentliche Kriegskosten (20 Millionen Kronen pro Tag)	7·5
b) Eigentliche Kriegsschäden (Verlust an privatem und staatlichem Vermögen)	0·2
c) Indirekte Verluste der inländischen Volkswirtschaft (Lahmlegung des Außenhandels, Stillegen der Betriebe etc.)	6·0
d) Finanzielle Nachwirkungen (neue Staatsschulden, Ergänzung der Wehrmacht u. dgl.)	1·0
e) **Verlust an Menschenleben**	**0 (!)**
	rund 15·0

2. Jährliche Versicherungsprämie:

	Millionen Kronen
a) Direkte Rüstungskosten . . . . ca.	800
b) Entgang des Verdienstes (à 1000 K jährlich) von ca. 420.000 aktiv Dienenden	420
c) Verzinsung der Staatsschulden	670
	1890

= **12·64** Prozent »Versicherungsprämie«.

25.

Ostindien.

1. Das Kaiserreich Indien hatte am 1. März 1901 295,213.000 Einwohner (Bevölkerungsdichte: 61).
2. Es betrug die Zahl der:

im Jahre	Geburten	Todesfälle	Geburten-Überschuß	Ausgewanderten (Kulis)	Rückgewanderten
1906	8,448.478	7,852.330	596.148	21.803	8197
1907	8,505.663	8,399.623	106.040	15.117	6774
1908	8,554.427	8,653.007	— **98.580**	11.844	7918

3. Im Budget ist regelmäßig ein Betrag zur »Abwehr der Hungersnot« eingestellt; 1909/10 betrug er 15 Millionen Rupies (ca. 20 Millionen Mark) bei Gesamtausgaben von 1102·8 Millionen Rupies.

27.

Italienische Auswanderung.

(Auf Grund des letzten Berichtes des kgl. italienischen Statistischen Amtes.)

Es wanderten aus:

Bevölkerung in Millionen	im Jahre	in europäische und Mittelmeerländer	nach Übersee	Rückwanderer
	1876	75.000	20.000	
	1886		82.000	
	1887		130.000	
	1888		204.000 *)	
31	(bis 1900 geringere Auswanderung)			
	1900		166.000	
	1901	250.000	279.000	
	1904		252.000	
	1905		447.000	
	1906		512.600	
	1907	288.000 (Max.)	415.000	
	1908		238 000**)	304.000**)
35	1909		399.000	134.000

Anmerkung: 1. In den letzten Jahren: Saisonauswanderung nach Amerika, dagegen Ansiedlung italienischer Arbeiter in mitteleuropäischen Staaten.

2. Von den Auswanderern entfallen:
35 Prozent auf Landwirte,
31 „ „ Erdarbeiter, Bau-Taglöhner,
10 „ „ Maurer,
11 „ „ Industriearbeiter.

3. Italien, Spanien, Irland und wohl auch Österreich-Ungarn, dürften die Grenze überschritten haben, von welcher an die Auswanderung — trotz Rückwanderung und Rücksendungen — als wirtschaftlich ungesund zu gelten hat (Brachliegen des Heimatbodens, Rückwanderer sind infiziert etc.).

*) Abbruch der Handelsbeziehungen mit Frankreich.
**) Krise in Nordamerika.

statistischen Institutes.)

	Portugal	Rumänien	Rußland	Schweden	Schweiz	Serbien	Spanien	Vereinigte Staaten von Amerika
Bevölkerungsdicl (Einwohner au	58	52	24	12	80	58	39	10
Geburtenübersch schuß der Ge die Todesfälle wohner) . .	12·9	13·1	**16·5**	11·9	10·8	14·5	9·9	?
Sterbefälle auf wohner (1908/	192	**277**	**273**	137	162	**237**	**233**	182
Sterbefälle infol Tuberkulose	?	?	?	?	246	?	?	?
Sterbefälle infol anderen Erkrar der Atmungsor	?	?	?	?	283	?	?	?
Auswanderung (auf 10.000 Ein	1907: 74·2	1909: 98·5	1909: 89·7	1908: 23·1	1909: 10·3	?	79	?
Analphabeten a kruten (R) od ner (E) (1900	**786**	R **645**	R **617**	R 2 6	R 5	R **496**	?	?
Seifenkonsum p Kopf der Bevöl	?	?	0·9	?	?	?	?	?
Kopfquote des A (1909) in Mark	60·6	93·7	33	224·1	625·2	47·3	76	176·58
Kopfquote der l lagen (für Hee in Mark (1909	8·13	7·22	10·5	16·27	9·2	7·5	7·9	13·3

Ein Nachlaß betr schnitt (in Fra

Statistische Vergleiche.

(Nach den Juraschekschen geographisch-statistischen Tabellen und dem Bulletin des Internationalen statistischen Institutes.)

	Belgien	Dänemark	Deutsches Reich	Frankreich	Groß-britannien	Irland	Italien	Holland	Norwegen	Österreich	Ungarn	Bosnien	Portugal	Rumänien	Rußland	Schweden	Schweiz	Serbien	Spanien	Vereinigte Staaten von Amerika
Bevölkerungsdichte 1900/10 (Einwohner auf 1 km²) . .	**251**	66	112	74	144	52	118	176	7·3	94	65	36	58	52	24	12	80	58	39	10
Geburtenüberschuß (Überschuß der Geburten über die Todesfälle pro 1000 Einwohner)	10	13·8	14·2	1·2	11·9	5·7	10·8	14·7	13·8	11·2	10·8	11·5	12·9	13·1	**16·5**	11·9	10·8	14·5	9·9	?
Sterbefälle auf 1000 Einwohner (1908/09)	146	146	176	190	152	?	227	150	142	**228**	**248**	**276**	192	**277**	**273**	137	162	**237**	**233**	182
Sterbefälle infolge von Tuberkulose . . . . (auf 100.000 Einwohner)	248	216	(Preußen) 208	221	190	?	171 (?)	249	**340**	**328**	?	?	?	?	?	?	246	?	?	?
Sterbefälle infolge von anderen Erkrankungen der Atmungsorgane . (auf 100.000 Einwohner)	301	275	269	255	306	?	**464** (?)	186	**228**	**216**	?	?	?	?	?	?	283	?	?	?
Auswanderung (auf 10.000 Einwohner 1901)	3·9	1908: 17·1	5	1·3	50	87·7	70·2	5·2	1908: 36·3	**63·7**	**101·7**	?	1907: 74·2	1909: 98·5	1909: 89·7	1908: 23·1	1909: 10·3	?	79	?
Analphabeten auf 1000 Rekruten (R) oder Einwohner (E) (1900 bis 1908) .	E 2·2	R 2·0	R 0·3	R 35	R 10		R 304	R 14	E 3	E **356**	E **475**	?	E **786**	R **645**	R **617**	R 2·6	R 5	R **496**	?	?
Seifenkonsum pro Jahr und Kopf der Bevölkerung (in kg)	?	?	4·5	5·3	8·7		?	?	?	**2·1**	?	?	?	?	0·9	?	?	?	?	?
Kopfquote des Außenhandels (1909) in Mark	1073·3	535·6	245·6	280·2	542·4		119·9	**1625·0**	308·9	105·9			60·6	93·7	33	224·1	625·2	47·3	76	176·58
Kopfquote der Rüstungsauslagen (für Heer und Flotte) in Mark (1909 oder 1910) .	6·18	11	21·6	26·13	28·0 mit Kolonien: 4·4		12·9	12·88	10·3	13·71			8·13	7·22	10·5	16·27	9·2	7·5	7·9	13·3
Ein Nachlaß betrug im Durchschnitt (in Francs) . . .	1906: 8020	1908/09: 4610	?	1906: 11.605	1908/09: 21.008		1900/01: 3580	1906/08: 16.766	?	1907/08: 3922										

28.

Staatsausgaben für Wohlfahrtszwecke (prévoyance sociale) und für Rüstungen.

(Nach einer Enquete des französischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten ex 1910.)*)

In	Wohlfahrts-ausgaben	Rüstungs-ausgaben	Verhältnis
	in Millionen Francs		
Großbritannien	300·—	1576·—	1 : 5
Frankreich	120·—	1247·72	1 : 10
Deutsches Reich	80·09	2250·—	1 : 28
Belgien	28·—	66·20	1 : 2·36
Italien	21·—	550·69	1 : 27·5
Österreich (o. Ungarn) . .	14·57	380·16 österr. Quote + Landwehr	1 : 27·1
Österreich-Ungarn	ca. 26·—	586·60	1 : 22·5
Dänemark	9·84	42·11	1 : 4·3
Schweiz	6·06	50·—	1 : 8·13
Norwegen	3·42	33·89	1 : 11
Spanien	3·60	195·40	1 : 54
Portugal	2·80	60·84	1 : 21·7
Holland	1·37	53·50	1 : 38·2
Summe ca. . .	591·56	6506·51	1 : 10·9

*) Mitgeteilt in der »Corresp. bi-mensuelle« des Ständigen Internationalen Friedensbureaus (Bern) vom 25. Jänner 1911.

29.

Die Abnahme der Geburtsziffer.

	Auf 1000 Einwohner kamen Lebendgeborene		
	England	Deutschland	Frankreich
1841 bis 1850	32·6	36·1	27·4
1851 „ 1860	34·1	35·3	26·3
1861 „ 1870	35·2	37·2	26·3
1871 „ 1880	35·4	39·1	25·4
1881 „ 1890	32·5	36·8	23·9
1891 „ 1900	29·9	36·1	22·2
1901 „ 1905	28·1	34·3	21·2
1906 „ 1908	26·6	32·4	20·1

(Nach Dr. Prinzing in der »Deutschen Mediz. Wochenschrift«.)







